

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1951**

6 (22.2.1951)

# WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nummer 6 — 6. Jahrgang (Verlagsort: Stuttgart) Karlsruhe, 22. Februar 1951 50 D-Pfennige



Das deutsche Fernschreibnetz dehnt sich immer weiter aus. In diesem Tagen wurde das Fernschreibnetz um den Betrieb übergeben. Weitere neun Stationen werden nach in diesem Jahr folgen, darunter Heilbronn und Karlsruhe. Bis Ende 1950 hatten wir 21 Fernschreibstationen, Ende 1951 werden es schon 31 sein. Aus Anlaß der Inbetriebnahme des Antennensystems in Ulm, das von der C. Lorenz A. G. gebaut wurde, bringen wir die Reportage auf Seite 8. Die Karte hier zeigt den voraussichtlichen Stand des deutschen Fernschreibnetzes im Sommer 1951.

## Briefe aus der Ostzone

Wir erhalten in der letzten Zeit verschiedene Briefe aus der Ostzone, darunter auch ein Schreiben der Wochenzeitung „Die Wirtschaft“, Berlin, Ostsektor. In diesem Schreiben läßt uns die Redaktion des Blattes zu einem Gespräch ein. Gleichzeitig wird in dem Brief ein „Offener Brief“ an die Wirtschaftspresse Westdeutschlands gedruckt, in dem darauf hingewiesen wird, daß ein Gespräch zwischen Wirtschaftsjournalisten, besonders freiberuflichen, ein Schritt ist, der die Öffentlichkeit auf das Wirtschaftsgeschehen in der Ostzone aufmerksam machen soll. Wir stellen Ihnen anheim, heißt es in diesem Schreiben, in den Spalten Ihrer Zeitungen uns so offen zu antworten, wie Sie heute hier ansprechen, oder aber den Postweg zu wählen. Wir sind mit jedem Treffort einverstanden, sei es Berlin oder südlich der bevorstehenden Grenzlinie — Leipzig, oder aber irgendwo in Ost- oder Westdeutschland. Die Hauptsache ist, daß wir uns zusammensetzen und daß wir alle guten Willen mitbringen.

Wir begrüßen jedes Gespräch, das zwischen den Deutschen aus Ost und West und umgekehrt geführt wird, denn die deutsche Volk in seiner Gesamtheit wünscht ein geeinigtes Deutschland. Leider sind seit der Spaltung Deutschlands Jahre vergangen und die Deutschen in Ost und West haben sich, wie man täglich beobachten kann, immer mehr entfremdet. Ja es scheint, als ob sie jeweils eine andere Sprache sprächen.

Es wäre im Augenblick, sozusagen als Voraussetzung für die Anbahnung von Gesprächen, die vornehmste Aufgabe der deutschen Publizistik, bemüht zu sein, die Kluft, die sich in den Nachkriegsjahren zwischen dem deutschen und westlichen Deutschland aufgetan hat, zu überbrücken. Dazu ist Freiheit der Berichterstattung und der Presse erforderlich. Wie weit diese Freiheit in Westdeutschland gedeihen ist, geht aus den Zeilen aus der „Wirtschaftspresse“ hervor, die die Aufforderung zu einem Gespräch in dem Berliner Blatt „Die Wirtschaft“ begleitet.

Die „Wirtschaftspresse“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, sachlich und fern jeder Propaganda über die Volkswirtschaften im Osten und Südosten zu berichten. Sie bedürft einer Förderung der innerdeutschen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, was in dem letzten Heft selbstverständlich sein sollte, und wird, künftig mit besonderem Nachdruck, eine

Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den sich seit je natürlich und glücklich gegenseitig ergänzenden Volkswirtschaften des Südostens und Ostens anstreben in dem Bewußtsein, daß gute wirtschaftliche Beziehungen abschließend auch einen günstigen Einfluß auf die politischen Beziehungen ausüben können, gleichzeitig auf die gesellschaftliche Struktur in Ost und West sein könnte oder nicht.

Bisher fehlt allerdings eine der primärsten Voraussetzungen, um einmal die erforderliche Basis für ein Gespräch zu schaffen und das ist, wie wir erwähnt haben, die Freiheit, mit unseren Lesern in der Ostzone unbehindert über unser Blatt ins Gespräch zu kommen. Während wir z. B. „Die Wirtschaft“ ohne weiteres erhalten, können aus der Ostzone Schreiben, die uns betreffen — und das sind die Briefe, die wir eingangs erwähnten. Wir geben den Inhalt einiger dieser Schreiben wieder: ... in der letzten Zeit ist mir hier und da ein Exemplar Ihrer Zeitung zugeflogen worden. Ich möchte Sie aber dringend bitten, von einer weiteren Zusendung Abstand zu nehmen. Hierdurch bereiten Sie mir allgrößes Schwierigkeiten. Das neue Gesetz zum Schutz des Friedens steht für diese Fälle Geschäftsverbindung und Kündigungsfrist. Derartige Fälle sind mir bereits bekannt geworden ...

... Ich muß Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß ich mindestens drei Monate nicht ein einziges Exemplar Ihrer Zeitung mehr bekommen habe.

... Haben Sie die Möglichkeit, mir die in den letzten drei Monaten erschienenen Ausgaben der Wirtschaftspresse zuzuschicken? Ich kann mir nicht so denken, daß Ihre Wirtschaftspresse bei der Lieferung in die Deutsche Demokratische Republik regelmäßig beschlagnahmt wird und möchte Sie bitten, diese Angelegenheit einmal zu prüfen ...

... die vorliegenden Verhältnisse zwingen uns, Sie zu bitten, um die „Wirtschaftspresse“ nicht mehr zu senden, da es hier verboten ist, Westzeitungen zu lesen.

... Wir bitten Sie dafür Verständnis zu haben, daß wir auf eine Zusendung Ihres Blattes verzichten müssen, denn wir machen uns nach den in der DDR geltenden Gesetzen strafbar.

Und hier, so meinen wir, müßte der gute Wille beginnen.

## Weniger liberalisierungsfreudig

Der Vertreter der Schweiz weigerte sich auf der Sitzung der OEEC die Liberalisierung auf 75% zu erweitern, wenn die USA nicht eine Garantie für ausreichende Rohstofflieferungen der Mitgliedstaaten übernehmen könnte. Da es dem Generalsekretär Marjolin nicht gelang, die Fragen der Liberalisierung und der Rohstoffversorgung in befriedigender Weise in Einklang zu bringen, mußte die Sitzung abgebrochen werden, ohne daß der nächste Schritt bereits vereinbart werden konnte. Die Weigerung des Schweizer Delegierten, Baum, wird von informierten Beobachtern als erster ernstes Rückschlag in der Liberalisierungspolitik der Marshall-Plan-Organisation angesehen. Trotz aller Bemühungen des amerikanischen Beobachters gelang es nicht, den Vertreter der Schweiz umzustimmen, da dieser von seiner Regierung strikte Weisung erhalten hatte, die Erweiterung der Liberalisierung von 60 auf 75 Prozent zurückzuführen, wenn von der amerikanischen Regierung größere Sicherheiten für die Rohstofflieferung gegeben würden. Nur auf Verhandlungen könnte die Schweiz auf Verhandlungspositionen verzichten, die sie sich bisher durch zweiseitige Verträge geschaffen habe.

Der Vertreter Amerikas erklärte sich allerdings, Verpflichtungen über gleichmäßige

Rohstofflieferung zu übernehmen, wenn die europäischen Länder einschließlich der Schweiz nicht bereit seien, für ihren gesamten Europa-Handel das Prinzip der Liberalisierung anzunehmen. Aus Kreisen der OEEC verläutet, daß dieses Liberalisierungsprinzip auf der nächsten Vollversammlung der OEEC behandelt wird.

**USA-Handelskammer für internationalen Lenkungs-Ausschuß**

Eine internationale Behörde, die feststellen soll, welche Wirtschaftspolitik bei den gegenwärtigen militärischen Erfordernissen unter gleichzeitiger langfristiger Planung für einen wirtschaftlichen Wohlstand notwendig ist, wurde in diesen Tagen in New York von der amerikanischen Handelskammer gefordert. Auf einer Pressekonferenz erklärte der Direktor des Finanzamtes der US-Steel-Corporation, George A. Blinn, als Sprecher der Handelskammer, daß die zu schaffende Behörde nach dem gleichen Gesichtspunkt aufgebaut werden sollte wie die Marshallplanverwaltung. Er gab zu bedenken, daß die Pläne für einen längeren Zeitraum internationaler Speziesungen aufgestellt werden müßten, der sich über 1-15 und möglicherweise auch über 20 Jahre erstrecken könnte.

## Krisenzeichen

Neue Lohnwünsche - Kreditpolitik muß geändert werden - Für und gegen Rabattsystem  
Kohleneinfuhr-Groteske - Weiterer Devisenschwund

Der Bundeswirtschaftsminister hat vor kurzem auf einer CDU-Versammlung ein Wort gesprochen, das die Situation in lobendem Maße erforderte: Nerven behalten! Es gilt, so sagte er wörtlich, die Nerven zu behalten auch in Krisenzeiten, in den Zeiten knappen Warenangebots; dann ist es möglich, die Situation zu meistern.

Das ist wohl leichter gesagt als getan. Allerdings müssen wir feststellen, daß Männer der Wirtschaft in einem Maße nervös werden, wie man es früher an ihnen nicht konnte und wie es ihnen auch gar nicht zukommt. Gewiß, es scheinen immer wieder Nachrichten in der Tagespresse, die den Mann der Wirtschaft trübselig machen. Aber wir sind früher mit unseren Nerven stärker gewesen, redierten, lasen Statistiken und konnten unseren Wirtschaftsapparat besser als offensichtlich heute, da noch hinzukommt, daß wir nicht allein über unsere Wirtschaft, über die Verteilung unserer eigenen Rohstoffe und über den Import von Rohstoffen frei entscheiden können. Die Kohlenkrise belastet der Wirtschaft im Ausmaß die größte Sorge.

Die Kohle ist bestimmt für die nächsten zwei Monate, so knapp. Die Zulieferungen werden noch einmal um 30% geringer werden. Dafür ist die Bundesregierung nicht ganz verantwortlich; denn 1. verteilt sie die Kohle nicht, sondern eine internationale Behörde und 2. können wir nicht wie etwa England, unseren Kohlenvorrat einsetzen, um den Inlandsbedarf zu befriedigen. Gewiß, war die Situation im Sommer für den Kohlenmarkt nicht günstig und man hat damals zu leicht einer Erhöhung der

deutschen Kohlenimporte zugestimmt. Es muß aber immer wieder hervorgehoben werden, daß die Zunahme der Stahlproduktion in Europa 1950 etwa 8% Mill. t betrug, wovon allein 7,5 Mill. t auf Deutschland entfielen. Die anderen europäischen Länder haben also nicht so wie wir durch Steigerung der Kohlenförderung dafür gesorgt, daß sie entsprechend der Steigerung ihrer Produktion Kohle hatten.

**Preiserhöhung und Knappheit sind nicht das Gleiche**

Anders ist die Situation bei den NE-Metallen. Im Zuge der Nervosität, die sich aus den Nachwirkungen des Korea-Konflikts ergab, wurde Knappheit und Preiserhöhung durcheinander geworfen. Es steht zwar in den Lehrbüchern der Nationalökonomie zu lesen, daß steigende Preise ein Hinweis für Knappheit seien. Aber ganz so war es eben diesmal nicht. Die Preise stiegen, weil man 1. eine Knappheit nur behauptete und 2. weil die UN-Regierung begann, in noch stärkerem Umfang als bisher Metalle zu hoften. Trotzdem ist die jetzt bei einer Reihe von NE-Metallen weder statistisch noch in der Praxis international eine wirkliche Knappheit eingetreten, obwohl die Preise auch in diesem Metalle stark gestiegen sind. Die Folge dieser Entwicklung der Preise war eine Verknappung, aber diese Verknappung beruhte ebenfalls auf einem psychologischen Faktor: Die Industrie begann Metalle zurückzuhalten (zu hoften) aus Angst, daß Lieferungen sonst bald hier sein, und man nicht ruhen würde, obwohl laufend neue Aufträge eintrafen. Ein weiterer, kaufmännischer Faktor kam hinzu: Da die Preise für Metalle laufend weiter stiegen, erschließen es kaufmännisch ganz zweckmäßig die Metalle ein Lager zu halten. Daraus konnte man ja, ohne etwas zu tun, verdienen, selbst wenn man teurer Bankrottieren beschließen mußte.

## Was wird? Wenig optimistisches Memorandum an die OEEC

Eigentlich könnte es heute nicht schwer fallen, etwas über die zukünftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft zu schreiben, denn die Bundesregierung hat dem Rat der OEEC in Paris ein Memorandum über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten der Bundesrepublik bis zum Ende des Marshallplanjahres 1952/53 überreicht.

Die Zahlenangaben im Memorandum, die die Bundesregierung stellt, sind wenig optimistisch. Halten wir uns einmal an, das darin angeführte „Planjahr“ wieder erreicht. Was ist dann schon erreicht, sollte man fragen. Greifen wir gleich das heraus, was keineswegs ausreicht ist, wenn es wirklich erreicht ist: Die Zahl der Beschäftigten. Wir haben heute in der Bundesrepublik etwa 14,8 Millionen Beschäftigte. Im 1952/53 sollen es nach dem Plan 15,3 Millionen sein. Die Zunahme der Beschäftigten in zwei Jahren soll also nur 300.000 Menschen betragen. Das ist etwa die gleiche Zahl, um die die Beschäftigten in den letzten zwei Jahren zugenommen haben. Die letzte Arbeitslosigkeit ist immer noch sehr groß, und es ist sicher, daß mindestens noch 600.000 Menschen, wenn nicht mehr, eine Beschäftigung übernehmen würden, wenn sie dazu Gelegenheit hätten, wenn wir Menschen meinen, die heute nicht als Arbeitslose oder Arbeitsuchende registriert sind. Der starke Rückgang der Zahl der Arbeitslosen ist nicht nur aus Klärungs- und Arbeitsmangel zusammen.

## Babys zahlen Baby-Bonds

Wir können uns also nicht an dieser Stelle, wo wir uns mit zukünftigen Entwicklungen beschäftigen, auf diesen Plan berufen. Es geht vielmehr in der nächsten Zukunft darum, daß die Bundesregierung mit allen Mitteln den Konsum beschränkt, die Kapitalbildung fördert und die Einnahmen der Staatseinnahmen erhöhen will. Der Staat um die Inflationssteuer ist typisch für diese drei Momente. Konsum einschränken durch starkes Verbrauchs- und Abschließen des Mehrwertes durch den Staat. Die neuen Vorschläge, die Inflationssteuer nicht als Steuer, sondern als Anleihebetrag für den Bund zu konstruieren, erinnert uns lebhaft an das Zwangs- und Betriebs-Sparen einer verarmten Zeit. So wurde das in der Columbia (denn) der Konsum würde durch die erhebliche Verteuerung eingeschränkt, und der Staat erhält eine Anleihe, die er auf dem völlig neuen Kapitalmarkt zu erhalten hätte. Und wahrscheinlich nennt man dies dann auch noch Kapitalbildung. Die Erfindung ist wirklich genial; denn man sieht auch die Kinder zu Luxuskonsumen geworden und werden Staatsanleihen zeichnen. So bekommt das Wort Baby-Bonds doch wenigstens einen doppelten Sinn.

## Sollen 1 Million Arbeitslose bleiben?

Nach wesentlich schlimmer sieht diese Planung aus, wenn man bedenkt, daß wir heute 1 Millionen Arbeitslose haben, von denen bestfalls eine halbe Million zur Saisonarbeitslosigkeit gerechnet werden können. Man hat also einen Plan aufzuwerfen, in dem von der letzten Arbeitslosigkeit überhaupt niemand mehr in die Beschäftigung eintritt und von den heute Arbeitslosen immer noch fast eine Million auch 1952/53 arbeitslos bleiben. Wir wollen uns heute nicht darüber streiten, wie groß der Anteil der durch die Fluktuation entstehenden Arbeitslosen ist (es liegen vielleicht 300.000 Menschen sein), sondern wir wollen nur feststellen, daß nicht einmal ein auf so lange Sicht generativer Plan die Beschäftigung der erkrankenden Arbeitslosigkeit verleiht. Wir müssen daraus schon heute erkennen, daß — unter der Voraussetzung, daß der Frieden erhalten bleibt — 1952/53 die Zahl der Beschäftigten mindestens um 1 bis 1,2 Millionen zurückgehen muß, wenn nicht das soziale Gefüge schwer erschüttert werden soll.

## Das Kohlenexport-Diktat

In Kreisen der westdeutschen Wirtschaft ist man bestürzt über das zunehmende Engagement der internationalen Ruhrbehörde in der Frage der Kohlen-Exportlieferungen im 2. Quartal 1951. Man weist darauf hin, daß der Beschluß der Ruhrbehörde, für das 2. Quartal 1951 die Ausfuhrquote auf 4,2 Mill. t festzusetzen, die Kohlennot noch mehr erschweren wird, da in den Monaten April/Juni die gesamte verfügbare Menge an westdeutscher Kohle geringer sein wird. Das deutsche Angebot im kommenden Quartal 4,8 Mill. t Kohle zu exportieren, wird als die äußerste Grenze angesehen, deren Überschreitung die ohnehin recht knappe Kontingentsrechnung für das 2. Quartal über den Haufen werfen muß.

Die vorläufige Kontingentsberechnung der Bundeswirtschaftsministerien gründet sich auf einer Gesamt-Verfügungsmenge für das 2. Quartal von 11,8 Mill. t bei einer für In- und Ausland zur Verfügung stehenden Gesamtmenge von 25,8 Mill. t, wovon noch 9,9 Mill. t aus Saar-Kohlenlieferungen breiten. Wenn jetzt durch den Beschluß der Ruhrbehörde tatsächlich 1,3 Millionen t mehr exportiert werden sollen, würde es nicht mehr möglich sein, z. B. der Eisen- und Stahlindustrie im kommenden Quartal 2,3 Mill. t und der Elektrizitätswirtschaft 2,25 Millionen t zu liefern. Auch die Hausbrand- und Kleinverbraucherquote von 4 Mill. t wird gefährdet werden müssen, und die gesamte übrige Industrie wird nicht mehr die vorgesehenen 8,4 Mill. t Kohlen erhalten können. Die Folgen der Unfähigkeit, die Mindestanforderungen der deutschen Wirtschaft zu befriedigen, liegen auf der Hand. In Industriekreisen befürchtet man eine erneute Produktions- und Beschäftigungseinschränkung. Eine Erhöhung der Kohlen-Exportpreise könnte zu einem Nachlassen der Auslandsnachfrage nach Ruhrkohlen führen.

## Weiter ungedecktes Defizit der Zahlungsbilanz

Ebenso düster sieht der Plan in der Zahlungsbilanz aus. Trotz der im Plan vorgesehenen Exportsteigerung wird die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik bis 1953 nicht ausgeglichen sein. Man rechnet in diesem Plan mit einem ungedeckten Defizit von 103 Mill. Dollar. Das ist zwar nur etwa ein Viertel des Defizits von 1950/51, aber für einen Plan ein viel zu hohes Defizit. Unser Export könnte, wenn man ihn keine Hindernisse in den Weg legt, erheblich gesteigert werden. Man darf jedoch nicht von den augenblicklichen Einschränkungen im Export ausgehen. Wenn auch heute viele deutsche Faktoren gar nicht mehr alle Exportaufträge, die bei ihnen eingehen, verbuchen, weil sie sich der Inlandmarkt versagt werden muß, so kann sich in diesem BMD bald ändern. Oder hat man in dem Memorandum bereits einkalkuliert, daß die Rohstofflieferungen bis 1952/53 ansteigen werden?

Leider aber scheint man sich nicht zu haben, daß wir in unserer Schifffahrt im wesentlichen auf das Ausland angewiesen bleiben. Die Dienstleistungsbilanz verzeichnet nämlich in dem Plan einen Passivsaldo von 20 Mill. Dollar. Würde man uns soviel Schiffe zurückgeben, wie wir für den Transport unserer Importe und Exporte brauchen, dann wäre dieses Defizit schnell beseitigt. Wenn also die Bundesregierung dieses Defizit einkalkuliert, dann hat sie offensichtlich wenig Hoffnung, die Hoffnungslosigkeit in diesem Punkt ist nicht gelindert, die Europawirtschaft Deutschlands zu stärken.

Im Übrigen sind solche Pläne Trüme und Schäume. In einer Zeit so unruhiger Prognosen und so unklarer Rohstoffversorgung und des wichtigsten so unruhiger politischer Verhält-

## Maßnahmen zur Fördererhöhung

In ihrer Betrachtung der OEEC, wie Generaldirektor Dr. Kossel mit Nachdruck darauf hin, daß das erhebliche Zurückbleiben der Förderung hinter dem geringsten Bedarf weitere Maßnahmen zur Fördererhöhung notwendig macht. Darüber hinaus ist es nach seinen Ausführungen notwendig, daß man sich bei den amtlichen Stellen endlich zu einer Schwerpunktbildung im Bereich des Kohlenbergbaus entschließt und hier mit Geldmitteln großen Stills für Investitionen und für den Bergarbeiterwohnungsbau eingreift. Eine Belegschaftserhöhung um 10% hat eine Produktionssteigerung um etwa 15% zur Folge. Der Bergbau kann aber den verhältnismäßig großen Zustrom von Arbeitsuchenden aus anderen Landesteilen und vor allem aus Schweden-Rohstoffe nicht aufnehmen, weil Unberufliche Möglichkeiten fehlen. Wohnungsbau und Fördererhöhung stehen in einem engen Zusammenhang.

## Maßnahmen zur Fördererhöhung

Man kann es also drohen und wenden, wie man will. Man kann nicht auf der einen Seite verlangen, daß der Lastenausgleich aus der Substanz bezahlt wird, was auf eine langsame Liquidierung des Unternehmens hinausläuft, und auf der anderen Seite erwarten, daß sich Kapital bildet und auf dem Wege der Fremdfinanzierung in die Betriebe einströmt, die von der Substanz zahlen müssen, um den Lastenausgleich zu bezahlen. Diese Substanz- und Kreditpolitik führt nicht zur Kapitalbildung sondern zum Kapitalverzehr. Private Investitions-

## Die „weiche“ Kreditrestriktion

So muß man heute noch immer die „Knappheit“ betonen. Und weil man die Bank Deutscher Länder nicht so sehr umarmt hat (war richtig ist) und weil der Bankrat fern das Kind mit dem Bade ausschüttet und mit seinen Maßnahmen immer die getrieften hat, die er gar nicht treffen wollte (was falsch ist), besteht man eine neue Kreditrestriktion. Daraus hat man nun nicht den Weg über die Diskontenerhöhung oder über die Erhöhung der Pfandentlagen bei der Bank Deutscher Länder gewählt, sondern man hat, wie man meint mit weicher Hand, den Banken eine Erziehung gegeben. Ihre Ausleihungen in einem bestimmten Verhältnis zu Kapital und Einlagen zu halten. Das heißt, man ist nicht so sehr, wie man bei der Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein, zur Folge, daß die schwingt für Stammkapital erhöhte und zwar gleich von 1 auf 10 Mill. DM. Jedoch das nur nebenbei. Wie sich diese „Erziehungen“ in der Praxis auswirken werden, läßt sich vorerst noch nicht voraussagen. Betroffen werden nur die Banken, die von der Refinanzierung bei der Bank Deutscher Länder Gebrauch machen. Es gibt aber schon eine ganze Reihe von Banken, die liquide genug sind, um darauf zu verzichten. Bei einem offiziellen Bankrott von 19% ist das Zurückhalten eines Wechsels im eigenen Portefeuille kein schlechtes Geschäft. Inzwischen hat trotz starkem Widerstreben auch Westfalen den Diskontsatz von 4 auf 6 Prozent erhöhen müssen. Das ist nicht ohne Druck von Frankfurt geschehen. Der Berliner Wirtschaft hat man damit keinen Gefallen. Was nicht alles Notopfer, wenn man die Berliner Wirtschaft kostengünstig noch stark belastet?

## Kreditpolitik muß geändert werden

Innerhalb unserer Volkswirtschaftspolitik bedeutet die Kreditpolitik eine völlige Revolution. Man sieht ja bereits, in welcher Dimension man hineingestiegen ist. Der Diskontsatz bleibt hoch — und damit ist es schon aus diesem Grunde dem Bund nicht möglich, eine Anleihe aufzunehmen. Man wird in diesem Jahr die Steuererleichterungen bei der Eigenfinanzierung mehr oder weniger abschaffen und will dabei 1. mehr Steuern haben, 2. die angeblichen Übererhebungen ungenutzt machen und 3. die Wirtschaft auf die Fremdfinanzierung hinweisen. Nun will man heute jeder, daß das Kapitalangebot minimal ist. Schon deshalb ist eine Fremdfinanzierung für nicht in Frage. Wenn man aber dann, wie beobachtet, die Körperschaftsteuer auf 60 Prozent erhöhen will, wenn noch Notopfer, Lastenausgleich und Vermögenssteuer kommen, dann sind Aktiengesellschaften und GmbH's praktisch dem entwerteten gar keine Rendite mehr abwerfen und die Rendite so gering ist, daß man das knappe Kapital damit nicht reizen kann.

## Kapitalbildung — und Substanzverzehr

Man kann es also drohen und wenden, wie man will. Man kann nicht auf der einen Seite verlangen, daß der Lastenausgleich aus der Substanz bezahlt wird, was auf eine langsame Liquidierung des Unternehmens hinausläuft, und auf der anderen Seite erwarten, daß sich Kapital bildet und auf dem Wege der Fremdfinanzierung in die Betriebe einströmt, die von der Substanz zahlen müssen, um den Lastenausgleich zu bezahlen. Diese Substanz- und Kreditpolitik führt nicht zur Kapitalbildung sondern zum Kapitalverzehr. Private Investitions-



## Lagebericht der Bundesrepublik an die OEEC

Im Jahre 1950 ist in der Bundesrepublik ein Netto-Sozialprodukt in Höhe von 83,2 Mrd. DM (gleich 110% von 1949) erzielt worden gegenüber 78 Mrd. DM (77 v. H. im Jahre 1949), heißt es im dritten Bericht über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten bis zum Jahre 1952/53, den die Bundesregierung an die OEEC in Paris überreicht hat. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, bei der ein eventueller Sicherheitsbeitrag der Bundesrepublik sowie die Frage der kontinuierlichen Rohstoffversorgung angesichts der gegenwärtigen Weltlage nicht berücksichtigt werden konnte, ist für das Jahr 1950/51 ein Netto-Sozialprodukt von 80,8 Mrd. (115 v. H. von 1949) im Jahre 1951/52 von 87,4 Mrd. (gleich 120 v. H. und im Jahre 1952/53 von 104,2 Mrd. (129%) errechnet worden. In der Zeit vom Jahr zu Jahr vermindern sich prinzipiell die Zuzugleistungen der strukturalen Erzeugnisse Kohle, Eisen und Chemie usw.

An Netto-Investitionen im Preise von 1949 wurde im Jahre 1950 ein Betrag von 14,7 Mrd. erreicht gegenüber 12,3 Mrd. im Jahre 1949. Bis zum Jahre 1952/53 ist eine Steigerung auf 16,8 Mrd. vorgesehen. Die Staatsausgaben beliefen sich im Jahre 1950 auf 14% des Brutto-Sozialproduktes gegenüber 14,3 im Vorjahre und sollen sich bis zum Jahre 1952/53 auf 14,4% erhöhen. Das Außenhandelsdefizit, das sich im Jahre 1950 bei einer Einfuhr von 2794 Mill. Dollar und einer Ausfuhr von 2860 Mill. Dollar noch auf 724 Mill. Dollar hob, belief sich im Jahre 1950/51 bei Einführen in Höhe von 2834 Mill. Dollar und Ausfuhren von 2810 Mill. Dollar auf 224 Mill. Dollar, 1951/52 bei Einführen in Höhe von 3054 Mill. Dollar und Ausfuhren von 3327 Mill. Dollar auf 272 Mill. Dollar und schließlich im Jahre 1952/53 bei Einführen in Höhe von 3333 Mill. Dollar und Ausfuhren von 3725 Mill. Dollar auf 108 Mill. Dollar vermindern. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Bundesrepublik den Ausgleich ihrer Handelsbilanz bis zum Jahre 1952/53 noch nicht vollständig erreicht.

Als Ursachen hierfür werden die durch die Nachkriegsfolgen bedingte Wirtschaftskrise, das Beschäftigungsproblem und die noch immer bestehenden Produktionsbeschränkungen der deutschen Industrie angesehen. Nach Ansicht unterrichteter deutscher Stellen dürfte aus diesen Gründen die Weiterführung einer Auslandsbilanz in gewissem Umfang auch über das Jahr 1952/53 hinaus notwendig sein.

Die industrielle Produktion, die 110 Punkte im Jahresdurchschnitt 1950 erreichte (1949 = 100) soll für 1950/51 auf 138, 1951/52 auf 134 und 1952/53 auf 143 gesteigert werden. Weiter weist die Bundesregierung darauf hin, daß die Zusammenfassung der Aufwendungen sogenannter Vertriebenen, der Finanzhilfe für Waisen und der Besatzungs- und Besatzungspersonen einen Betrag von fast 13 Mrd. DM, das sind rund 40% des Staatseinkommens des Bundes, der Länder und Gemeinden einschließlich der Sozialhilfe-Abgabe, und der Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, ergeben. Dies bedeutet rund 12,5% des Volkseinkommens oder 12,5% des Brutto-Sozialproduktes, die einen von der westdeutschen Bevölkerung geleisteten Beitrag zur sozialen Stabilisierung und zur Sicherung Westdeutschlands und damit auch Westeuropas darstellen.

Die Bundesregierung hat ferner den Rat der OEEC über Maßnahmen ersucht, die ergriffen wurden oder noch ergriffen werden sollen, um allgemeinen knappen Rohstoffe einzusparen. Das Ziel dieses Sparprogramms der Bundesregierung ist, die Produktion knapper eigener Rohstoffe zu steigern, den inländischen Bedarf daran zu beschränken und die Verwendung von Ersatzstoffen und synthetischen Erzeugnissen zu fördern. Dieses Programm soll durch Rationalisierungsmaßnahmen in der Industrie unterstützt werden.

Nach Ansicht der Bundesregierung ist es nur in einem gewissen Umfang möglich, die inländische Rohstoffproduktion zu steigern. Die vorhandenen Kapazitäten seien durchweg voll ausgenutzt und neue Kapazitäten machten eine Produktionssteigerung nur auf lange Sicht möglich.

Um die deutsche Rohstoffproduktion zu steigern, plant die Bundesregierung eine stärkere Me-

chanisierung der Förderung und die Anlage neuer Schächte. Daneben soll durch Leistungs-löhne und durch verstärkten Bergarbeiter-Wohnungsbau die Schichtleistung gehoben werden. Als Sofortmaßnahme nennt das Memorandum die Sonderzuschüsse, die von den Bergleuten an der Ruhr bereits seit Monaten gefahren werden. Die Kohleproduktion wird nach Ansicht der Bundesregierung im laufenden Jahr nicht mehr gesteigert werden können, da dafür erhebliche Investitionen notwendig wären.

Eine geringe Steigerung der Metallproduktion wird für möglich gehalten. Die Bundesregierung hofft, daß die gegenwärtig durch einen Wassereinbruch stillgelegte einzige Kupfergrube im Bundesgebiet noch in diesem Jahr wieder ihren Produktionshöchststand von 2 bis 3000 Tonnen jährlich erreichen wird.

Die Aluminium-Produktion wird durch Einachaltung von zur Zeit ungenutzten Werksanlagen bis auf 65 000 t gesteigert werden. Ebenso sollen die Zink- und Bleierzuben auf ihren höchsten Produktionsstand gebracht werden. Da die Schwefelgewinnung vom Umfang der Kohleproduktion abhängt, glaubt die Bundesregierung, daß die Produktion von Schwefel nicht gesteigert werden kann. Jedoch soll versucht werden, die Rückgewinnung von Schwefel aus der Kunststoffsabrikation zu intensivieren.

Die Kapazitäten der Zellstoffindustrie sind bei durchschnittlicher Arbeitszeit von 24 Stunden voll ausgenutzt. Es ist geplant, ein neues Werk für die Herstellung des besonders knappen Natriumsulfates zu schaffen. Zur Zellstoffproduktion soll in erhöhtem Maße Stroh verwendet werden, um Holz zu sparen. Altpapier und Papierabfälle sollen verstärkt erfasst werden. Im vergangenen Jahre wurde bereits ein Anstieg des Altpapieraufkommens um 45 Prozent verzeichnet.

Die Eisenstrahlverarbeitung soll durch den Einsatz Arbeitsloser zu Schrottsammlungen gesteigert werden. Außerdem werden gesetzliche Maßnahmen vorbereitet, um Schrott aus zerstörten Privathäusern zu gewinnen.

In der chemischen Industrie ist eine Produktionssteigerung weitgehend davon abhängig, ob die Verbote zur Hochdruckhydrierung von Terebinthol aufgehoben werden. Dasselbe gilt in der Kautschukindustrie für das Verbot der Herstellung von synthetischem Kautschuk. Das Memorandum stellt fest, daß in den nächsten drei Monaten im Monatsdurchschnitt rund 6000 t synthetischer Kautschuk hergestellt werden könnten. Im Verlauf der nächsten sechs Monate könnte die Kapazität um 1200 t erhöht werden. Die Altkautschuffabrikation konnte bereits in den Monaten Juli bis September um 50 Prozent gesteigert werden.

Wie weit die Elektrizitätserzeugung gesteigert werden kann, hängt weitgehend davon ab, wie die Finanzierungsmittel für Neuinvestitionen aufgebracht werden können. Nach den bisherigen Plänen hofft die Bundesregierung, die Nettoerzeugung im laufenden 1950-Jahr auf 45 und im kommenden 1951-Jahr auf 50 Milliarden Kilowattstunden steigern zu können.

In der Textilindustrie soll die Chemiefaserproduktion, die im Vorjahre 165 000 t ausmachte, auf 170 000 t im laufenden und auf 200 000 t im kommenden Jahr erhöht werden. Dadurch werden Baumwolle und Wolle eingespart.

Die Bundesregierung weist in dem Memorandum darauf hin, daß nach dem Erlaß des Wirtschaftsstabilisierungsgesetzes jetzt die Möglichkeit besteht, auch den inländischen Verbrauch knapper Rohstoffe zu beschränken. Als nächste Schritte werden Versuche in der Eisen-, Zinn-, Nickel-, Kobalt- und Cadmium-Verwendungsverbote für einige besonders knappe veredelte Eisensorten und Verwendungsgas- und -Verbote für Kautschuk angekündigt.

Daneben sind Maßnahmen vorgesehen, um die Verwendung von Ersatzstoffen und synthetischen Erzeugnissen zu fördern. Das Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft werde dabei als Produktionszentrale geeignete Fertigungsmethoden entwickeln, um die rationellste Rohstoffverwendung zu sichern.

## Kohlenförderung und -absatz im Januar 1951

Die Steinkohlenförderung hat im Januar 1951 mit 16,14 Mill. t einen neuen Höchststand erreicht. Im arbeitsmäßigen Durchschnitt ist dagegen die Förderung von 309 400 t im Dezember 1950 (34 Arbeitstage) auf 309 500 t im Januar 1951 (26 Arbeitstage) zurückgefallen. Diese Verminderung geht hauptsächlich auf die Abnahme der in Sondererlösen, gefördertem Mengen zurück, die im Januar nur 294 000 t, im Dezember jedoch 330 000 t betragen. Die Normalförderung war im Januar gegenüber Dezember verhältnismäßig gut gehalten. Sie betrug im arbeitsmäßigen Durchschnitt 374 750 t (Dezember: 376 200 t).

An Zechelektra wurden 2,45 Mill. t gewonnen (2,35 Mill. t). Die kalendermäßige Erzeugung stieg auf 70 000 t (70 000 t).

Die Braunkohlenförderung der Bundesgebiete stieg auf 7,24 Mill. t (6,94 Mill. t). Der arbeitsmäßige Durchschnitt sank dagegen auf 378 700 t ab (389 000 t), da in dem Durchschnitt für Dezember die Normalförderung an den Feiertagen enthalten ist. Die Herstellung von Braunkohleerzeugnissen betrug 1,32 Mill. t (1,31 Mill. t). Die Förderung von bayerischer Pechnohle stieg im Jan. auf 154 200 t (146 000 t).

Obwohl der Wechsel von Schichtanlage zu Schichtanlage wurden im Steinkohlenbergbau 7133 Mann neu eingestellt. Die Abgänge betragen 5014, so daß mit der Zahl der im Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter bis Ende Januar um rund 2100 Mann auf 446 600 erhöht hat.

An Grubenholz wurden 326 000 fm angefordert (Dezember: 277 000 fm). Da der Verbrauch 287 150 fm betrug (288 400 fm), sanken die Bestände bis Ende Januar auf 341 700 fm (Ende Dezember 381 500 fm), sie reichten damit für 33 Tage.

Aus dem Aufkommen des Bundesgebietes betragen die Lieferungen im Januar 9,17 Mill. t (alle Kohlenarten ohne Rohbraunkohle, Tonne für Tonne gerechnet). Die Vorausschätzungen der für Januar verfügbaren Kohle (9,37 Mill. t) wurden damit unterschritten.

Der Versand an Kohle für den Export betrug 1,82 Mill. t (Binnen sind die einzelnen Länder wie folgt beteiligt: Frankreich 481 000 t, Holland 233 200 t, Luxemburg 243 300 t, Italien

227 500 t, Österreich 225 400 t, Schweden 214 600 Tonnen, Schweiz 67 200 t, Dänemark 59 100 t, Belgien 30 550 t, Jugoslawien 24 550 t, Griechenland 18 800 t, Norwegen, Finnland, Portugal und Triest 24 100 t, Seesgebiet 45 500 t).

**Wärwerkproduktion**  
Die Produktion von Wärwerkzeugen stellte sich im Januar 1951 nach vorläufigen Angaben auf 745 097 t gegenüber 473 795 t im Dezember 1950. Die höhere Produktion ist vorwiegend durch die höhere Zahl von Arbeitstagen bedingt (26 im Januar gegen 24 im Dezember). Auch die arbeitsmäßige Leistung hat von 28 158 t im Dezember 1950 auf 28 654 t im Januar 1951 zugenommen.

**Eisenhütten halten Arbeitskräfte**  
Nach einem Bericht des Landesarbeitsamtes von Nordrhein-Westfalen halten die Eisenhütten zur Zeit zahlreiche Kräfte, ohne sie voll beschäftigen zu können. Besonders einnehmend sei der Rückgang der Erzeugung von Manneisen, das für das Baugewerbe unentbehrlich sei.

**Rohstahlproduktion von 16 Millionen erforderlich**

Eine deutsche Rohstahlproduktion von 16 Millionen t wird nach Ansicht von maßgeblichen Regierungsstellen für die Erreichung des Marshallplans für eine autonome Wirtschaft unbedingt gehalten. Nach dem dritten Bericht der Bundesregierung an die OEEC über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten bis zum Jahre 1952/53 — unter der Voraussetzung einer kontinuierlichen Weiterentwicklung — sind für das Jahr 1950/51 12,2 Mill. t für 1951/52 14,9 Mill. t und für 1952/53 16 Mill. t vorgesehen. Dies entspricht einer Wärzählerzeugung von 9,5 Mill. t bzw. 10,7 Mill. t bzw. 11,5 Mill. t. Unter Berücksichtigung der deutschen Exporte und gewisser Importe wird ein Inlandsverbrauch von rund 7,6 Mill. t 1950/51, 9,7 Mill. t 1951/52 und 9,2 Mill. t 1952/53 errechnet. Dies entspricht einem pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung von 152 bzw. 173 bzw. 183 kg gegenüber 108 kg im Jahre 1949.

# BORGWARD



## 1/4 TO SCHNELL- LASTWAGEN

Auch als Kofferrwagen lieferbar

Ein kleiner Motor mit großer Leistung  
1498 ccm - 48 PS

Kraftstoffnormverbrauch ca. 10 Ltr./100 km

Wendig · betriebssparsam · wirtschaftlich  
Mit 3 versch. Radständen 2,8 - 3,2 - 3,6 m

Lassen Sie sich durch unsere Vertragshändler  
an allen Plätzen unverbindlich beraten.

**CARL F. W. BORGWARD G. M. B. H.**  
Automobil- und Motoren-Werke · Bremen

# Aus der deutschen Wirtschaft

## Baden

**Die Ausrichtungen der südlichen Industrie** im vergangenen Jahr waren hinsichtlich der Leistungssteigerung, Kapazitätserweiterung bzw. bestmöglicher Kapazitätsausnutzung bemerkenswert, wie aus der soeben veröffentlichten Jahres-Industrie-Statistik des Statistischen Landesamtes hervorgeht. Die Beschäftigtenzahl hat 1950 von 129.908 auf 151.188, d. h. um 16,3% zugenommen. Verglichen mit dem Niveau der Industrieheschäftigung von 1939 waren rund 17% mehr Personen beschäftigt. Für das zweite Halbjahr 1950 wurde ein Brutto-Produktionswert von 1108,0 Mill. DM ermittelt, für das zweite Halbjahr 1949 ein solcher von 833,0 Mill. DM, was im Vergleich eines Jahres einer Steigerung von 24,3% entspricht. Im Dezember stieg sich der Produktionswert der südwestdeutschen Industrie auf 118 (1939 = 100).

**Die Unsicherheit in der Beurteilung der Produktionsmöglichkeiten** wirkt hemmend auf die Gestaltung des Exports, heißt es in einem am 5. Februar herausgegebenen Lagebericht der südlichen Handelskammern. Trotzdem sei in Süddeutschland allgemein eine zum Teil sogar starke Belebung des Exports zu beobachten. Allerdings können nicht solche Warengruppen zum Zuge kommen, die bisher der ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen waren. Andererseits würden große Ausfuhrposten für nicht deshalb annulliert, weil der für die Herstellung benötigte ausländische Rohstoff nicht oder nicht rechtzeitig beschafft werden könnte. Die Erhöhung der Exportpreise würde von der Kunstschaffener bisher weitgehend akzeptiert, da das deutsche Preisniveau immer noch konkurrenzfähig sei.

**Die aus Kohlenmangel und Versorgungs-schwierigkeiten mit Rohstoffen resultierenden Produktionsrückführungen** haben sich in der Mannheimer Industrie noch in beträchtlichem Grade bemerkbar gemacht. In der Textilindustrie sind durch viele Firmen in den Sommermonaten und die darauf jetzt basierenden Kohlenentstellungen führten noch nicht zu ersten Schwierigkeiten, obwohl andererseits Unterlieferungen infolge Kohlenmangels mit ihren Lieferungen in Verbindung stehen und die Produktion von Erdmangeln nicht einhalten können. Diese Feststellung läßt die IIRK hinsichtlich einer behördlichen Lenkung zur Milderung der gegenwärtigen Engpässe zu dem Schluß kommen, daß gerade die Einführung von Verfüllungsbescheiden und die Bereitstellung von „Utility-Goods“ für die sozial schwachen Schichten einsetzt, ferner für Renten- und Unterstützungsverbesserungen. Allgemein Subventionen seien jedoch abzulehnen. Zur Verhinderung unbedingter Preis- und Handelsbeschränkungen sollten zunächst Kontrollmaßnahmen der beruflichen Selbstverwaltungskörperschaften, nicht aber die staatsrechtliche Bevormundung der Wirtschaftlichen werden. Das Zustandekommen von Stabilisierungsmaßnahmen der wirtschaftlichen Spitzenverbände solle mit allen Mitteln gefördert werden, wobei Schweizer und amerikanische Vorbilder Anregung geben könnten. Löhne und Gehälter dürften nur in bestimmten Kategorien noch und in beschränktem Umfang an das neue Preisniveau angeglichen werden. Wie bereits abschließend betont, sei jedoch vorwiegend und rechtlich ein System von Bewirtschaftungsmaßnahmen vorzubereiten, das im Falle einer gegenwärtigen Änderung der weltpolitischen Verhältnisse von Fall zu Fall in Kraft zu setzen ist.

**Der Landesausbau der bayerischen Industrie** und die Arbeitgemeinschaft der bayerischen Industrie- und Handelskammern wenden sich zu einer gemeinsamen Resolution vom 2. Februar, gewisse Erscheinungen, die eine Ausnutzung der Aufwärtsbewegung der Rohstoffpreise am Weltmarkt und anderer Kostensteigerungen zu ungezügelter Erhöhung der Gewinnspannen erkennen lassen. Alle Industrieverweigerungen werden zu größtmöglicher Verantwortung verpflichtet, insbesondere zu Vorratstreue in Lieferverträgen aufzufordern. Der Landesausbau behält sich vor, in allen Fällen, in denen Industrie- und Handelskammern Verpflichtung nicht gerecht würden, mit allen gegebenen Mitteln vorzugehen. Andererseits werden die Käufer zur Disziplin ermahnt. Saisoninflüsse und Engpässe in der Kohle-, Energie- und Rohstoffversorgung ließen den Produktionsindex der bayerischen Industrie ohne Bauwirtschaft von 120 im November auf 121 im Dezember (1939 = 100) zurückgehen, wie im Dezemberbericht des bayerischen Wirtschaftsministeriums mitgeteilt wird. Bei den Verbrauchsgüterindustrien mußten die Zelluloseindustrie, die Industrie der synthetischen Fasern, die Schuhindustrie und die Porzellan- und keramische Industrie ihre Erzeugung am stärksten einschränken. Die Lagerverträge nahmen im allgemeinen weiter ab, die Lieferfristen mußten teilweise erheblich verlängert werden. Die Entwicklung am bayerischen Arbeitsmarkt läßt hoffen, daß die Saisonarbeitslosigkeit mit dem 18. 1. (407.000 Arbeitlose) ihren Höhepunkt erreicht hat.

**Die Filmproduktion in München-Gebiet** ist infolge abnehmender Finanzierung zur Zeit zu erheblichen Einschränkungen gezwungen, wie aus Produktionskrisen verlautet. Man beklagt eine Stagnation wie im Winter 1949/50, wenn nicht ungewöhnliche Maßnahmen zu stimulierenden Produktionsfinanzierung getroffen würden. Die Ursache der derzeitigen Lage wird in einer Anordnung des bayerischen Wirtschaftsministeriums gesehen, nach der Staatsbürgerschaft für Filmverhältnisse nur gewährt werden sollen, wenn die Einnahmen für die Kredite nicht höher als 10% sind. Die Filmproduzenten aber seien nicht in der Lage, niedriger verzinsliche Mittel zu beschaffen. Zur Zeit seien in Gesamtzahl nur 3 Filme in Arbeit. Größere Entlassungen stehen in den Bayer-Filmstudios bevor.

**Die Kraus-Maffei-AG, München-Alabach**, hat aus Indien einen Auftrag zur Lieferung von 87 Lokomotiven im Werte von rund 18 Mill. DM erhalten. Gleichzeitig wurde von Indien bei englischen Lokomotiv-Fabriken ein Lokomotiv-Auftrag über 130 Einheiten im Werte von 2 1/2 Mill. Pfund Sterling platziert.

**Der Jahresreport der ehemaligen Gießerei Betriebe** in Kaufbeuren ist um etwa 20% unter der Dezemberausführung von 1,5 Mill. DM geblieben. Der Rückgang wird von der Glas- und Schmuckwarengewerkschaft ausschließlich auf den Kohlenmangel zurückgeführt. Die Gewerkschaften sind befürwortet, daß die längeren Lieferfristen zahlreiche Auftragsstreikungen zur Folge haben werden und daß bei weiteren

**Verstärkung der Lage des Auslandsgeschäfts** besteht. Der „Band der Schaufensterkorrektoren Deutschlands e. V. (h.d.S.D.a.V.)“ hat sich in diesen Tagen mit Sitz in München als Zusammenschluß der Berufsgruppe der Schaufensterkorrektoren, Ausstellungsgehilfen und Plakalmaler neu konstituiert, wie der Band am 7. 2. mitteilt. Es ist beabsichtigt, auch die Fachzeitschrift wieder erscheinen zu lassen. Im Münchener Ausstellungspark soll vom 20. April bis 1. Mai eine **Metallfachschau** veranstaltet werden. Die Vorbereitungen sind schon im Gange.

**Die Passauer Frühjahrsmesse** findet in diesem Jahr vom 23. April bis 6. Mai als Mustermesse statt. Der allgemeinen Messe wird eine 55000-Quadratmeter und eine landwirtschaftliche Maschinen- und Geräteschau angeschlossen sein. Zahlreiche Anmeldungen, darunter auch aus dem Ausland, liegen bereits vor. Wegen Brennstoff- und Schrottmangels werden zahlreiche Metallwerke Nordrhein-Westfalens, insbesondere im Dortmunder Raum, die Pund-Tage-Wechsler einführen, wie wir aus Fachkreisen erfahren. Die eisenerhaltende Industrie ist jedoch allgemein besorgt, wenn irgend möglich, Kurzarbeit zu vermeiden, ehe es zu Veränderungen, daß eine Abwanderung von Arbeitskräften stattfindet.

**Die Siegerländer Erzeugnisse** verhandeln zur Zeit mit den Hälften an Rhein und Ruhr über eine Heraussetzung des Erzeugnisses. Sie begründen sie mit den in den letzten Monaten gestiegenen bergmännischen Betriebskosten infolge der Preissteigerungen für Grubenholz, Kautschuk und Wolfram. Es wird mit einem Anstieg der Kruppelste um drei bis vier Prozent gerechnet.

**In den Eisenstützen des Siegerlandes**, das sind die Gruben der Krupps Siegen und des Krupps Altmärchen, wurden im Januar 113 303 Tonnen Eisenerz gegenüber 101 994 t im Dezember 1950 gefördert. Die durchschnittliche arbeitsmäßige Leistung betrug 4475 t gegenüber 4344 t.

**Die Siegerländer Blechverarbeitungsindustrie** hat im Jahre 1950 rund 120 000 t Fein-, Mittel- und Grobblech verarbeitet. Die außerordentlich starke Verlängerung der Lieferfristen in Blechen hat die Industrie in eine besonders schwierige Lage gebracht.

**Im Monat Januar** endet sich der Rückgang der Produktion in Fertigungsbetrieben der Industrie im Laufe des Jahres 1950 bei der Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenerzeugung, bei Eisen und Stahl 29 000, bei der Textilindustrie 27 000, beim Maschinenbau 23 000. Die große Bedeutung des Auslandsgeschäfts geht daraus hervor, daß die mittelbare und unmittelbare an Export beteiligten Wirtschaftszweige zusätzlich etwa 150 000 Personen neu aufgenommen haben. Auf die Gesamtzahl der Arbeitskräfte hat sich, nach Mitteilung des Arbeitsministeriums von Nordrhein-Westfalen, die Kohlenverknappung bisher noch nicht ausgewirkt. Man hat dagegen einen Übergang zur Kurzarbeit und eine gewisse Zurückhaltung bei den Einstellungen beobachtet, die unter dem Gesichtspunkt der Verweigerung zu betrachten sind.

**Nach Feststellungen des Landesstatistikamtes** ist es im Lande Nordrhein-Westfalen praktische Umverteilung der Arbeitskräfte. Mit zunehmendem Alter steigt jedoch der Grad der Arbeitslosigkeit stärker an. In der Altersklasse unter 18 Jahren beträgt die Arbeitslosigkeit bei Männern zur Zeit 0,1 v. H. und steigt dann stetig bis zu der Altersgruppe über 65 Jahre auf 6,4 v. H. Bei den Frauen wird eine stärkere Jugendarbeitslosigkeit verzeichnet. Bei Frauen unter 18 Jahren beträgt sich der Grad der Arbeitslosigkeit auf 2,4 v. H. und erreicht seinen Höhepunkt in der Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen mit 8,7 v. H.

**Das Land Nordrhein-Westfalen** hat zur teilweisen Deckung der im außerordentlichen Landeshaushalt für 1950/51 vorgesehenen Ausgaben erstmalig eine **Halbprozentige Anleihe** in Höhe von 27,5 Mill. DM ausgeschrieben. Die gesamte Anleihe wurde von der Rheinischen Girobank und Provinzialbank Düsseldorf und von der Landesbank für Westfalen (Girozentrale) Münster vorerst übernommen. Die beiden Spitalinstitute werden sich bemühen, die Anleihe am Markt unterzubringen. In erster Linie werden wohl die öffentlich-rechtlichen Sparkassen des Landes Nordrhein-Westfalen Käufer der Landesleihe sein. Die Anleihe hat eine Laufzeit von zehn Jahren und ist zum 1. April und 1. Oktober jedes Jahres zu verzinsen. Sie wird zur amtlichen Notiz an der Düsseldorfer Börse zugelassen werden.

**Der Industrie Umsatz in Nordrhein-Westfalen** stieg im Jahr 1950 um 23 Prozent von 27 Milliarden DM auf 34 Milliarden DM, teilt das Statistische Landesamt mit. An dieser bedeutenden Umsatzsteigerung hatte der Export einen erhöhten Anteil. Der Exportwert des nördlich-westfälischen Industrie (ohne Exporthandel) betrug im Jahr 1950 rund 3,3 Milliarden DM, gegenüber 1,9 Milliarden DM im Vorjahr. Der Anteil des direkten Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz erhöhte sich damit von 7,3 Prozent im Jahr 1949 auf 10,7 Prozent im Berichtsjahr. Mit Rücksicht auf die sprunghaft gestiegenen Preise in verschiedenen Grundstoffen, die einen erheblich erweiterten Umsatzerfolg bedingten, werden, wie die Industrie- und Handelskammer zu Köln in einer Pressekonferenz erklärte, Überlegungen auf Einschränkung der Produktion angestellt, die in ihrem Endergebnis eine Entlastung von Arbeitskräften und eine Verringerung des Gewinns infolge des steigenden Anteils der Fixkosten zur Folge haben. Der westdeutsche Stahlbau ist gegenwärtig aus dem Inland und Ausland reich-

lich mit Aufträgen versehen. Wie Fachkreise hierzu bemerken, besteht jedoch die Materialversorgung Schwierigkeiten. Die Hüttenwerke können das von den Stahlwerken benötigte Material nicht rechtzeitig anliefern. Eine führende westdeutsche Firma des Stahlbaus hat zum Beispiel in den letzten vier bis fünf Monaten nur 45 Prozent des von ihr benötigten Materials erhalten. Aus diesem Grunde ist die Erzeugung des Stahlbaus trotz des reichlichen Auftragsbestandes etwas zurückgegangen. Es wird erklärt, daß die Produktionskraft der Stahlbauindustrie in Nordrhein-Westfalen, der im dritten Vierteljahr 1950 etwa 50 Mill. DM betrug, nicht mehr erreicht werden wird.

## Niedersachsen

Die Zahl der **Arbeitslosen** in Niedersachsen betrug Ende 1950 383 200 gegenüber 367 700 Ende 1949. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Beschäftigten von 1 738 700 auf 1 773 600 an. Der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich von 1949 (17,3%) nur geringfügig auf 17,3% erhöht.

Für den **Isar-Region** wird die Errichtung eines Stahlwerks von den Niedersächsischen und Handelskammern gefordert. „Die wirtschaftliche Verwertung der „sauren“ Erze ist inzwischen von den verschiedensten Ländern (Amerika, Frankreich, England) erprobt worden, und die europäische Wirtschaft wird um so stärker auf den Salzgitter-Vorkommen zurückgreifen müssen, als die Schweden-Erze bei der heutigen Förderung in etwa 7 Jahren erschöpft sein werden. Im Salzgitter-Gebiet wird mit einem Vorkommen von 2 Mrd. Tonnen gerechnet. In der Erzförderung allein sind 4400 Kräfte beschäftigt. Die monatliche Förderung beträgt z. B. 300 000 t, hiervon werden 10% der Inland-Erforderung betreffen, die wiederum etwa 50% des Gesamtverbrauchs abgibt.“

**Das Wirtschaftsgebiet Salzgitter** kann seine optimale Leistungsfähigkeit jedoch nur erreichen, wenn **Erzförderung und Verhüttung** durch die Errichtung neuer Werke ergänzt werden. Heute entstehen außerordentlich hohe Verluste dadurch, daß das in Watenstedt-Salzgitter erzeugte Eisen im Ruhrgebiet verhüttet werden muß, um dort zu Stahl verarbeitet zu werden. Die hierdurch verursachten, völlig unrentablen Kosten werden im Jahr auf mehr als 7 Mill. DM zu schätzen sein. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß in Salzgitter selbst wieder die Möglichkeit geschaffen wird, Eisen zu Stahl und zu fertigen Produkten zu verarbeiten.

Diese Forderung ergibt sich sowohl aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten wie auch aus sozialpolitischen Erwägungen. Aus dem Torso der ehemaligen „Reichswerke“ kann nur dann ein neues Wohlstandsgelände werden, wenn es die reichen Möglichkeiten der Weiterverarbeitung auszunutzen vermag. Der Wiederaufbau der zerstörten Anlagen bietet verhältnismäßig günstige Voraussetzungen, weil nach allgemeiner, zutreffender Schätzung etwa 70% der demontierten Werke noch im Boden stecken und nur der Rest von 30% verschrotet oder in sonstiger Weise an das Ausland abgesetzt werden mußte. Wenn also auch — wie eine Fahrt durch das Werksgebiet zeigte — die Verhältnisse stellenweise sehr groß sind und auf weite Strecken eine „Mondlandschaft“ geschaffen haben, besteht hier eine weit bessere Möglichkeit als im Ausland, eine wirtschaftlich gesunde Stahlwirtschaft aufzubauen.“ So heißt es in der Begründung der Forderung.

**Handwerksmeister**, die in irgendeiner Weise die Schwarzarbeit unterstützen, sollen nach einem Vorschlag des Präsidenten der Oldenburger Handwerkskammer mit Geldstrafen bis zu 200 DM bestraft werden. Die Innungsmeister der Oldenburger Handwerkskammer haben einen diesbezüglichen bindenden Beschluß gefaßt. Sie hoffen, daß sich alle Handwerkskammern ihrem Vorschlag anschließen werden.

**Die Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke** in Helmstedt erhöhen ihre Förderungslieferung weiter. Die Produktionssteigerung betrug im Jahr 1950: Rohabfuhrförderung von 6,89 auf 7,24 Mill. t, Bruttoerzeugung von 1,23 auf 1,32 Mill. t, Koksabfuhr von 508 450 auf 575 850 t. Jetzt hat das Werk einen neuen Großbagger in Betrieb genommen, um die Förderung weiter zu heben.

## Rheinland-Pfalz

Am 1. Februar ist das **neue deutsch-französische Grenzabkommen**, dessen Einzelheiten in einem Zusatzprotokoll zum deutsch-französischen Handelsabkommen festgelegt wurden, in Kraft getreten. Für die in der 30-km-Zonen liegenden Betriebe sind für die Ein- wie auch Ausfuhr je 400 000 Dollar monatlich vorgesehen. Für den Kreis Neustadt an der Weinstraße ist das Verfahren noch nicht anwendbar.

In diesem Monat feiern die **Chemischen Werke Gebr. Glühl, Ludwigshafen**, ihr 100jähriges Bestehen. Als erster chemischer Betrieb wurden die Werke am 14. Februar 1851 in Ludwigshafen gegründet. Zuerst wurden Alaun und Schwefelsäure, später Superphosphat-Düngemittel, phosphorsaurer Kalk und verschiedene Tonerden hergestellt. Mit der Erzeugung der Tonerden begann das Exportgeschäft der sich ständig weiterentwickelnden Werke. Es gab kaum eine europäische Aluminiumhütte, die nicht Tonerden der Chemischen Werke Gebr. Glühl verarbeitet. Im Zuge des sprunghaft gestiegenen Aluminiumbedarfes wurde 1942 eine ganz moderne Tonerdelfabrik mit einer Jahreskapazität von 50 000 t nach dem Bayer-Verfahren errichtet. Die Beschäftigtenzahlen zeigen am deutlichsten die Entwicklung des Werkes: 1850 = 2000, 1914 = 4500 und 1950 = 1300. Zerbrochen und der alten Geschäftsbearbeitung beraubt, wurden nach den Zusammenbruch aus dem vorhandenen Materialvorräten neue Erzeugnisse, und zwar pharmazeutische, entwickelt. Erst 1946 wurde die Tonerdelfabrik wieder aufgenommen. Und im gleichen Jahr wurde durch den Einsatz der Fachkräfte der Heimatvertriebenen aus dem Bundesland ein neues Betriebswerk aus Glasblüde in Betrieb genommen. In der Pfalz arbeiten zur Zeit 104 Betriebe der Chemischen Industrie, die im Dezember 1950 rund 39 100 Arbeiter und Angestellte beschäftigten; davon arbeiten allein 38 200 in Ludwigshafen, und davon 24 300 bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

## Hessen

Der von **Landeskomunalverband** für den Bezirk Wiesbaden von Bund erhaltene Deckungsbeitrag von 19 Millionen DM zur **Schließung der Autobahndämme** zwischen Wiesbaden und Frankfurt ist vom Bundesverkehrsministerium abgelehnt worden.

Auf **einstellige** Eingaben der Industrie- und Handelskammer Kassel vom 25. 1. 1950 und des

Magistrats der Stadt Kassel vom 12. 10. 1950 hat der Bundesminister für Arbeit kürzlich geantwortet. Nach ständiger Übung werden die Fälle der Obersten Gerichte des Bundes in den entsprechenden Gesetzen festgelegt. In absehbarer Zeit kann mit der Einbringung von Gesetzesvorlagen über das **Oberste Bundesverwaltungsgericht** für die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit gerechnet werden. Bindende Zusagen für die Wahl des Hieses Kassel können deshalb von Bundesminister für Arbeit (oder von der Bundesregierung im gegenseitigen Einverständnis) nicht gemacht werden. Das Vorum der Bundesregierung, das für Kassel lautet, soll, hat also zunächst nur die Wirkung eines Vorschlags im Rahmen der Gesetzesvorlage zum Bundesgesetz.

## Hanstedt

Bei der **Landeshilfskräfte** in Kassel, Süddeutsche, ist bekanntlich im Herbst 1950 eine **Patentschriften-Ausstellung** neu eingerichtet worden. In der alle seit 1945 erschienenen deutschen Patentschriften eingesehen werden können. Das Deutsche Patentamt in München gibt seit Sommer 1950 wieder Patentschriften heraus, die den Ausgabepreisen als Dauerlieferungen sofort nach Erscheinen zugehen. Bis Mitte Januar 1951 sind bereits rund 1300 neue Patentschriften eingegangen.

Der Gesamtbestand der früheren Ausstellungen in Kassel, der alle von Reichsstatistik herausgegebenen Patentschriften enthält, ist im Sommer 1950 veräußert worden, während z. B. die Ausstellungen in Darmstadt und Wiesbaden ihren alten Bestand gerettet haben. Die Leistungsfähigkeit der Kasseler Ausstellungen ist daher begrifflichweise sehr begrenzt, solange nicht zum mindesten die Gruppen der alten Patentschriften, die für die gewerbliche Wirtschaft in Westfalen von besonderem Interesse sind, wenigstens für die Jahre nach 1930 wieder beschafft werden können. Die öffentliche Mittel für diesen Zweck, wenn überhaupt, nur in ganz beschränkter Umlage, bereit stehen werden, wäre es nötig, daß die interessierten Wirtschaftsunternehmen Mittel hierfür der Industrie- und Handelskammer Kassel zur Verfügung stellen. Die Kammer würde die im Rahmen der aufkommenden Mittel beschafften alten Patentschriften bzw. deren Ablichtungen der Ausstellungsstelle Kassel zur Verfügung stellen. Der Wert der Ausstellungsstelle würde wesentlich größer sein, wenn wenigstens ein Grundstock für die Bezirkswirtschaft wichtiger Patentschriften ausgelegt werden könnte.

**Adam Opel AG, Rüsselsheim**, produziert im Januar insgesamt 9145 Personen-, Liefer- und Lastwagen, sowie 4 514 auf dem Olympia, 2394 auf dem Kapitän, 814 auf dem Opel-Schnell-Lieferwagen 1950 und 822 auf dem 1 1/4 Opel-Bilitz-Schnell-Lieferwagen entfallen; außerdem wurden 20 Fahrgestelle 3 1/4 hergestellt. Exportiert werden insgesamt 4 192 Einheiten, während der Inland-Vorstand 3 041 Personenwagen, 293 Opel-Schnell-Lieferwagen 1950 und 489 Opel-Bilitz-Schnell-Lieferwagen umfaßt. Der Exportanteil betrug ca. 51,4% an der Opel-Produktion zeigt die führende Stellung des Rüsselsheimer Werkes an der deutschen Kraftfahrzeug-Ausfuhr.

## Hansestädte

**Hamburg-Amerika-Linie** wieder im Aufbau. In Klinker läuft der dritte Neubau der größten Hamburger Reederei bei der Howaldtswerke AG in Hamburg von Stapel. Das am 19. April 1950 gestrichelte Schiff (7250 t Tragfähigkeit) wird bis Mai 1951 fertiggestellt sein. Bei derselben Werft liegt noch ein Schwermetall-Schiff dieses Fahrzeuges auf Stapel. Ein Schwermetall-Schiff erhält sich die „Brandenburg“. Das Motorschiff wird für die Reederei ebenfalls bei der Howaldtswerke Maschinenbau-Gesellschaft gebaut und wird voraussichtlich im April 1951 von Stapel laufen. Ende April/Anfang Mai wird die Hapag die „Grünwald“ übernehmen. Dieses Schiff, das als „Seepost“ unter britischer Flagge fuhr, wird mit 9230 t Tragfähigkeit vorläufig das größte Fahrzeug der Hamburger Reederei sein. Vor dem Krieg befanden sich im Besitz der Hamburg-Amerika-Linie 110 Schiffe mit zusammen 788 730 BRT, zu denen noch 10 Neubauten und Erweiterungen mit 62 200 BRT kamen. Von dieser Flotte blieb der Hapag noch Schiff erhalten: 100 Schiffe mit 879 600 BRT gingen während des Krieges verloren, 30 Schiffe mit 130 200 BRT wurden abgekauft, zwei mit Gesamttonnage von 100 000 BRT wurden beschlagnahmt und das letzte, die „Helgoland“, brannte nach dem Krieg aus.

Zwischen dem **Verband Deutscher Reeder e. V.** und dem **Verband deutscher Küstenfahrer e. V.** wie der **Gewerkschaft, Öffentliche Dienst, Transport und Verkehr** und der **DAU** wurde ein **neuer Tarifvertrag** abgeschlossen, der rückwirkend ab 1. 1. 1951 in Kraft getreten ist. Der Vertrag gilt für das Jahr 1951 und ist drei Monate zum Jahresende kündbar. Der Tarifvertrag sieht neben Verbesserungen des besten Anstellungsverhältnisses der Offiziere eine Herabsetzung des Zweifelsystems auf Schiffe bis zu einer Größe von 1250 BRT vor. Geleitet wurde auch die Arbeitsbereitschaft für das Verpflegung- und Bedienungspersonal. Kapitäne erhalten künftig ein Mindestgehalt, das 4 Prozent über dem Entgelt des höchbezahlten Offiziers ihrer Schiffe liegen muß. Die Offiziere erhalten Zuschläge von 40 DM, Volfränge von 30 DM pro Monat zu den bisherigen Hebesätzen, während die Heusen für Jungfährgen entsprechend den Dienstgraden herabgesetzt wurden. Der Vertrag sieht ebenfalls eine Erhöhung der Überstundenentgelte und der Passagen für Offiziere und Maschinenassistenten vor. Daneben sind für eine Reihe besonderer Sparten Verbesserungen eingetragten. In ähnlichem Umfang wurden Änderungen auf den Schiffen der Küstenfahrerverbände festgelegt. Wegen der langen Laufzeit des Vertrags wurde eine Sicherheitsklausel eingefügt, die bei einschneidenden Änderungen des Preisgefüges die Möglichkeit einer Revision der Heusen vorsieht.

**80 Firmen** haben im Jahre 1950 ihren **Sitz von Ost- (Oberostpreußen, polnische besetzte Gebiete, sowie Berlin-Ost und Westberlin) nach Hamburg** verlegt und wurden in das Handelsregister eingetragen. 40 der Neuzugänge schloßen auf Einzelfirmen. Bei den Firmenverlagerungen handelt es sich in erster Linie um Firmen der Industrie und des Großhandels.

Zu den kürzlich von niederländischer Seite geländerten Bestrebungen zur Bildung eines „**Hans-Dauner**“ erklärte der Bremer Senator für Hafen und Schifffahrt, Dr. Hermann Apelt, am 5. Februar, Bremen sei einem freundschaftlichen Gespräch über eine bei den heutigen Verhältnissen mögliche Form der Zusammenarbeit unter den westeuropäischen Häfen „Aurthum“ zugänglich. Apelt fügte jedoch hinzu, daß sich derzeitige Anstrengungen „auf dem Boden der realen Tatsachen“ bewegen müßten und keine zweiseitige Änderung der Wettbewerbsverhältnisse bedeuten dürften.

## Württemberg

**Der Aufschwung der industriellen Produktion** in Württemberg-Baden in der Zeit seit der Währungsreform hat selbst weitgesteckte Erwartungen übertroffen. Die Industrie- und Handelskammer Stuttgart hat jetzt einen Sonderdruck herausgegeben, in dem die bemerkenswerte Entwicklung der württemberg-badischen Wirtschaft mit stichhaltigen statistischen Angaben belegt wird. Der Übergang zu marktwirtschaftlichen Formen, so heißt es, ist insbesondere durch die Ausweitung des industriellen Produktionsvolumens von knapp 80% des Standes von 1939 im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1948 auf rund 100% Ende 1949 und auf 149% im November 1950 gekennzeichnet. Einen Überdurchschnittlich hohen Stand erreichten die Produktionsindizes (1939 = 100) der wichtigsten, in Württemberg-Baden besonders stark vertretenen Industriegruppen: Elektrotechnik mit 253,4, Fahrzeugbau mit 176,4, Feinmechanik und Optik mit 165,7 und Textil- und Bekleidungs mit 138,8. Seit Mitte 1949 liegt der württemberg-badische Produktionsindex ständig über dem Durchschnitt des Bundesgebietes. Im November 1950 betrug der Vorrang 157%. Es ist dabei allerdings zu berücksichtigen, daß das hohe Produktionsniveau von November 1950 jährlich bedingt ist. Ferner daß die Bevölkerung Württemberg-Badens seit 1939 um mehr als 20% zugenommen hat. Auf den Kopf der Bevölkerung bringen ergab sich im November 1950 eine Gesamtindexleistung von 119% (1939 = 100). Der Export erfuhr vor allem im Jahre 1950 durch die Liberalisierung und den weiteren Ausbau der Handelsverträge einen beschleunigten Auftrieb. Aus Württemberg-Baden wurden von Januar bis November 1950 Waren im Gesamtwert von 877 Mill. DM exportiert; das bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt 1949 eine Steigerung um rund 145%. Der im November 1950 erzielte Ausfuhrwert von 83,4 Mill. DM beträgt mehr als das dreifache des Ausfuhrwertes von November

# Die Rhein-Main-Donau-Verbindung

### Ausbau wird forciert

Die Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau wird Wirklichkeit, ihr Bau wird — wünschenswert in beschleunigtem Tempo — fortgesetzt. Dieser Entschluß geht der offiziellen Klärung der Staatliche Bauverwaltung folgt. Kraftwerk unmittelbar oberhalb Würzburg im Januar die weitere Bedeutung der westdeutschen Wasserstraßenpolitik ist gerade in den letzten Monaten wieder einmal mehr oder weniger heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen. Der Präsident der Deutschen Bundesbahn hat noch Anfang Dezember auf einer Veranstaltung des Bundesverbandes der deutschen Industrie in Köln u. a. erklärt, daß bei einer sorgfältigen wirtschaftlichen Prüfung die hinsichtlich der Rhein-Main-Donau-Kanals günstigen Pläne sich nicht als tragbar und verantwortbar erweisen werden.

Diese Gegenwehr scheint aber nunmehr überwunden zu sein. Vom Referat Binnenverkehr im Bundesverkehrsministerium ist ein Gutachten über das Für und Wider der Großschiffahrtsstraße über den Rhein über den Main zur Donau ausgearbeitet worden. Die Argumente des ministeriellen Memorandums für die Fortsetzung der Rhein-Main-Donau-Kanalbauten sind im einzelnen bisher nicht bekannt geworden; man kann jedoch vermuten, daß die bisherigen Erfahrungen mit dem Ausbau der diesjährigen Wasserstraße bei Würzburg bei der Entscheidung mit in die Waagschale gefallen sind.

Es hat sich nämlich ergeben, daß nicht nur vor und während des zweiten Weltkrieges der Verkehr auf diesem Teilstrich den erwarteten Umfang angenommen hat, sondern die weit erweiterbare und beschleunigbare Talsperre, daß dieser Verkehr den damaligen Umfang im Jahre 1950 bereits wieder erreicht hat. Der Umschlag in Würzburg, dem vorläufigen Endpunkt der Mainkanalisierung steigerte sich nämlich von 108 000 t im Jahre 1930 auf 139 000 t im Jahre 1948 und hat 1950 mit 133 000 t eine weitere Steigerung erfahren. Auch Regensburg schlug heute mehr um als vor dem Krieg, da von allem die Vereinigten Österreichischen Stahlwerke in Linz fast ihren ganzen Kohlenbedarf über die Mainschiffahrt decken. Die Fertigstellung der Mainkanalisierung bis Bamberg würde die Landstraße Würzburg-Regensburg um 300 auf 140 km, bis Nürnberg als Endpunkt sogar auf 100 km verkürzen und damit den Transit österreichischer Außenhandels-güter über Deutschland voraussichtlich noch attraktiver werden lassen. Die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit dieses diagonal durch Süd-Westdeutschland führenden Verkehrswege Kapital von über 800 Mill. DM, demgegenüber betragen die Baukosten der gesamten Strecke Aachaffenburg-Nürnberg 600 Mill. DM. Ein Teil dieses Betrages, mindestens 20% oder 134 Mill. DM, müßte sich ohne den Bau der Großschiffahrtsstraße für Flußbauarbeiten im Main zur Sicherung der Flußsohle, zum Schutz der Ufer und vor allem zur Verbesserung des

sen oberhalb Würzburg insgesamt noch 13 Staustufen errichtet werden; in Würzburg selbst muß die vorhandene Staustufe durch eine neue Schleuse für große Schiffe ergänzt werden. Bis zum vorigen Jahr beschränkten sich die Arbeiten an der Mainstrecke Würzburg-Bamberg auf die Fertigstellung der vier im Krieg stillgelegten Staustufen Hadersacker, Godesacker, Wipfeld und Löhach. Im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesregierung konnten dann 1950 vier weitere Bauarbeiten in Würzburg, Marktweiher, Volkach und Garstadt begonnen und damit die im Bau befindlichen Haltungen der Obermainstrecke auf 84 km oder 60% der Gesamtstrecke Würzburg-Bamberg ausgedehnt werden. Das weitere Bauprogramm an der Großschiffahrtsstraße steht vor, mit den Zwischenziele-

# Die Verteilung der Welthandelsflotte

Nach den jetzt vorliegenden ergänzenden Angaben verteilt sich die für Juli 1950 von Lloyd Schiffahrtregister gemeldete Welthandelsflotte von 84 583 MRD BRT im einzelnen wie folgt:

Land	Juli 1950 Juli 1949	Zer- setzung
USA	27.213	33.528 + 1.523
Brit. Commonwealth	22.118	22.050 + 0.068
Norwegen	4.526	4.014 + 0.540
Panama	3.361	3.018 + 0.343
Frankreich	2.207	2.070 + 0.137
Niederlande	2.100	2.490 + 0.119
Italien	1.880	2.443 + 0.137
UdSSR	2.125	—
Schweden	2.046	1.040 + 1.307
Japan	1.871	1.594 + 0.207
Griechenland	1.343	1.323 + 0.020
Dänemark	1.209	1.170 + 0.068
Spanien	1.190	1.193 - 0.003
Argentinien	9.914	9.914
Sowjetik	8.472	18.418
<b>Total</b>	<b>84.583</b>	<b>82.571 + 2.012</b>

Nur 22% der internationalen Handelsflotte werden nach dem Lloyd-Bericht durch Motorkraft angetrieben. In den Flotten der einzelnen Länder ist jedoch das Verhältnis des Dampf-, Motorantriebs außerordentlich unterschiedlich. So hat Norwegen zur Zeit auf 71% seiner Schiffe Motorantrieb, Schweden auf 68%, Dänemark auf 61% und die Niederlande auf 52%, wogegen in Griechenland und den USA nur 3 bzw. 4% auf Motorantrieb entfallen. 81% der internationalen Handelsflotte besitzen Öl- oder Dieselantrieb, nur 19% Kohlefeuerung. Im Jahre 1939 entfielen noch 45% auf Kohlefeuerung und 55% auf Ölfeuerung, während 1944 noch 37% aller Schiffe mit Kohlefeuerung fuhren.

### Deutsche Handelsflotte weiterhin unzureichend

Die Erhöhung des Bestandes der deutschen Handelsflotte von 134 000 BRT im Jahre 1949 auf 200 000 BRT Ende 1950 (ohne Frachtdampfer und kleinere Einheiten) ist nur auf den ersten Blick zufriedenstellend, erklärte der Vorsitzende des Verbandes deutscher Reederei a. V., Prof. Dr. Helmut Stöcker, auf einer Mitgliederversammlung des Nautischen Vereins in Bremen. Bei einem Durchschnittsalter der deutschen Schiffe von gegenwärtig 27 Jahren gegenüber einem Durchschnittsalter von 8-10 Jahren in der norwegischen und 13-15 Jahren in der deutschen Handelsflotte vor 1939 sei die Qualität der deutschen Schiffe jedoch wenig befriedigend, zumal sie sich immer an die Geschwindigkeit und andere Beschleunigungen gebunden wären. Wenn 1950 von den deutschen Schiffen 12 Mill. t getrachtet werden sollen, so sei dies allerdings eine gute Leistung.

Noten: Der Fehlen freier Helgen (Mangel an Schiffbaukapazität), den Engpässen in der Ma-

trixlagen und Schweinfurt die Mainkanalisierung so bald als möglich zu vollenden; im „Zehn-Jahresplan“ der RMD ist die Fertigstellung der Verbindung von Würzburg bis Schweinfurt bis 1956, bis Bamberg im darauffolgenden Jahr und bis Nürnberg bis 1959 vorgesehen. Sobald die zur Zeit laufenden Bauten zu Ende finanziert sind, werden aller Voraussicht nach die beiden Staustufen Kitzingen und Dettelbach in Angriff genommen werden. Mit der Annäherung an Bamberg wird dann das nächste Ziel sein, den eigentlichen Rhein-Donau-Kanal zunächst bis zu dem nur 63 km entfernten Nürnberg vorwärtszutreiben und damit den ersten, für Deutschland selbst besonders wichtigen Teilabschnitt der Großschiffahrtsstraße zu vollenden. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, wird man daran gehen, den Bau der 140 km langen Reststrecke bis Regensburg, die die Verbindung der beiden Stromgebiete Rhein und Donau herstellt und von besonderem internationalen Interesse ist, zu beginnen.

# Metall-Streiflichter

Die Aluminiumerzeugung gegen kanadische Konkurrenz. In den Vereinigten Staaten ist bekanntlich seit einiger Zeit eine zunehmende Aluminiumknappheit festzustellen. Kanada hatte in dieser Lage Vorzüge für die Lieferung kanadischer Aluminium gemacht. Diese Vorzüge werden jetzt in den Vereinigten Staaten heftig angegriffen. So wird von Seiten der USA-Aluminiumindustrie darauf hingewiesen, daß die amerikanische Aluminiumindustrie in der Lage sei, den amerikanischen Inlandsbedarf bei Schwelphalten zu decken, wenn sich die amerikanische Regierung dazu bereit finden würde, die Aufträge ohne Verzug zu erfüllen. In diesem Zusammenhang wurde die amerikanische Hilfeleistung zum Ausbau der kanadischen Aluminiumindustrie während des Krieges einer scharfen Kritik unterzogen.

Nach der Zeitung „Vancouver Sun“ versuchen die amerikanischen Aluminiumproduzenten die Errichtung einer Aluminiumindustrie in British-Columbia zu verhindern. Sie setzen alle Macht ein, um die kanadischen Pläne der Aluminium Co. of Canada, an der Westküste des Landes Aluminiumhütten zu errichten, zum Scheitern zu bringen. Mr. Richard Reynolds Jr., der Präsident der nordamerikanischen Reynolds Metal Co., die als Aluminiumerzeuger während des zweiten Weltkriegs von größerer Bedeutung gelangt, stellte vor seiner staatlichen Kommission fest, daß die USA aus der gegenseitigen kanadischen Erzeugung kaum mit Lieferungen rechnen könnten, und daß drei bis fünf Jahre vergehen würden, ehe die in Columbia geplanten Anlagen lieferbar sein würden. Die amerikanische Industrie könnte in kürzester Zeit und billiger die von der Regierung benötigten Aluminiumerzeuger herstellen. Schließlich wandte er sich aus strategischen Gründen gegen die Errichtung von Aluminiumwerken in British-Columbia.

Wieder Cuba-Nickel. Wie aus London berichtet wird, soll die der amerikanischen Regierung gehörende Anlage der Nickel-Nickel Co. in der Provinz Oriente auf Cuba reaktiviert werden, weil die amerikanische Wirtschaft unter einem aus-

# Quecksilber als Rüstungsthermometer

Wenn auch in neuerer Zeit das Quecksilberthermometer durch das ebenfalls stölperempfindliche und billigere Bismut verdrängt wurde, so wurden vor dem Krieg doch noch etwa 18% der Weltquecksilbererzeugung für die Herstellung von Explosivstoffen verwendet. Es überrascht deshalb nicht, daß auch Quecksilber seit dem Ausbruch des Korea-Krieges mit seinen Auswirkungen auf die Wiederaufrüstung der Großmächte, eine Renaissance erlebt hat, von der bisher in der Hauptsache die spanische Produktion Nutzen ziehen konnte.

Diese neue Quecksilberrenaissance kommt dem Erzeuger in Spanien und Italien, aber auch in den USA sehr gelegen. Die beiden großen europäischen Erzeugerländer konnten sich von vornherein, die noch aus dem zweiten Weltkrieg stammten, weitgehend entlasten, und die amerikanischen Erzeuger, die seit dem Ende des Krieges bei wachsenden Preisen keinen leichten Stand hatten, was sich auch in der Erzeugung der USA ausdrückte, können bei den gegenwärtigen Preisen wieder mit gutem Nutzen arbeiten. Waren die Vereinigten Staaten bei Preisniveau über 200 Dollar für die Flasche zu 34,5 kg im Jahre 1943 mit 31 929 Flaschen zum größten Quecksilbererzeuger der Welt geworden, der Spanien (47 756) und Italien (40 000) Flaschen gegenüber hatte, so ist die amerikanische Erzeugung in den folgenden Jahren von Jahr zu Jahr gestiegen. Sie betrug 1944 37 088, 1945 30 703, 1946 25 248, 1947 22 200 und 1948 14 180 Flaschen. Die italienisch-spanische Erzeugung begann sich erst von Jahre 1946 an zu erholen. Sie hatte in den Kriegsjahren zumindest mengenmäßig keine besondere Konkurrenz zu erleiden. Wurde 1941 etwa 357 500 Flaschen Quecksilber in der Welt produziert, so ging die Erzeugung 1942 auf rund 27 000 Flaschen, 1943 auf 180 415 Flaschen, 1944 auf 172 048 Flaschen, 1945 auf 121 500 Flaschen zurück. Sie betrug 1946 132 150 Flaschen und 1947 143 030 Flaschen.

Nach dem Krieg war zwar das spanisch-italienische Quecksilbermarkt „Mercurio Europa“ neu gegründet worden, doch brach es Ende 1949 wieder auseinander, weil die USA, deren Erzeugung wie gesagt, zurückgegangen war, schon im Jahre 1948 mit erhöhten Quecksilbererzeugern zur Bildung strategischer Reserven begannen, auf Grund der ECA-Bestimmungen sich auch auf italienisches Quecksilber kaufen. Es handelte sich bei dem damaligen Kauf um die innerhalb respektabler Menge von 80 000 Flaschen. Das war mehr als eine Jahreserzeugung Italiens. Spanien war damit praktisch vom Markt ausgeschlossen. Am 31. Dezember 1949, als das Kartell aufhörte, waren die spanischen Preise auf 90 USA-Dollar für die Flasche loco spanischer Hafen herabgesetzt worden. Das war ein Kampfpreis, der den Italienern die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zunächst sehr erschweren mußte.

In der zweiten Jahreshälfte 1950 begannen die Notierungen infolge steigender Nachfrage aus den kleineren Ländern langsam anzunehmen. Insbesondere waren es Klüfte der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten in Spanien, die der spanischen Quecksilberindustrie wieder Bielefeld und West-Berlin, zur Verfügung steht, garantiert.

Der Registerband IV enthält für den deutschen Buchbesitzer einen volkswirtschaftlichen Teil, eine Zusammenfassung der Branchen nach Wirtschaftsgruppen unter der Bezeichnung „Wirtschaftslexikon“ sowie das Deutsche Branchen- und Warenregister mit ca. 40 000 Suchworten. Der Ausländer orientiert sich mit Hilfe des Exportadressen in dänischer, englischer, französischer, holländischer, italienischer, russischer, schwedischer und spanischer Sprache über jede gewünschte Branche oder Ware.

Neues Bundesverzeichnis. Nach dem Fortfall des früheren Reichsstatistikbüros ist nach sechsjähriger Unterbrechung nunmehr wieder ein einheitliches „Bundesstatistikverblatt“ im Leben gerufen worden. Das neue „Bundesstatistikverblatt“ wird vom Bundesminister der Finanzen herausgegeben und erscheint im Wilhelm Stollfuß-Verlag, Bonn (vierteljährlich DM 6.45). Es kann durch die Post oder dem Verlag bezogen werden. Das Bundesstatistikverblatt gliedert sich in Teil I (Veröffentlichungen des Bundesmin. d. Finanzen), Teil II (Veröffentlichungen der Länder) und Teil III (Veröffentlichungen des Bundesstatistikbüros).

# Unentbehrliche Fachbücher

HANDBUCH DER RECHTSBEREICHRECHT VON OBERSTENRICHTER DR. A. FOLZ mit Geleitwort von OBERSTENRICHTER PROF. DR. GRIFFNER 34 S., 12 Abbildungen, DM 12.—, abstrakt, 4 Nachträge mit 58 Seiten.

RECHTSLEHRE DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— WEGWEISER UND FORMULARBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.—

HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.—

HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.—

HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.—

HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.—

HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.— HANDBUCH DER VERWALTUNG VON OBERSTENRICHTER DR. E. SCHMIDT, 112 S., DM 4.—

Fachverlag Dr. H. Stoytschek Nürnberg

# Wirtschafts-Literatur

„Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften“ Verlag Hoppenstedt & Co., Heppenheim a. d. B. Anfang 1945 bestanden im damaligen Deutschen Reich rund 5500 Aktiengesellschaften. Bei Berücksichtigung der Firmen in dem abgrenzten Gebiet der Länder und Neugründungen, ergibt sich rechnerisch ein Bestand von über 7200 deutschen Aktiengesellschaften. In der Bundesrepublik, einzeln West-Berlin, gibt es rund 3000 Aktiengesellschaften, darunter 785, deren Aktien an den westdeutschen Börsen gehandelt werden. Unter den Aktiengesellschaften in den Westzonen sind rund 400, die aus dem Osten nach dem Westen verlagert wurden und rund 100 Neugründungen. Auf das Ostzonen-Gebiet entfielen rund 1109 der damaligen Aktiengesellschaften, von denen allerdings mit Sicherheit nur rund 150 (festgelegt) werden konnten, während rund 400 enteignet oder umgewandelt worden sind und von etwa 500 näher Angaben nicht zu erhalten waren.

Über die vorgenannten Aktiengesellschaften berichtet das im Verlag Hoppenstedt & Co., Heppenheim a. d. B., erscheinende „Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften“ 1950/51. Der Neuaufbau kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, weil sie erstmals auch die DM-Börsen der jetzigen Gesellschaften enthält, die bereits die Umstellung vollzogen haben. Das gesamte Werk umfaßt fünf Einzelbände mit rund 8000 Seiten.

Statistisches Jahrbuch für die Eisen- und Stahlindustrie 1949/50 Herausgegeben von der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf. Mit sechs Schaubildern und einer Anhangs-

tafel Düsseldorf, Verlag Stahlbau m. b. H. 1950, X, 319 S., P. Brosch. 12 DM. Das bekannte und bewährte „Statistische Jahrbuch“, bearbeitet von W. Heinen, Düsseldorf, ist in diesen Tagen zum zweitenmal nach dem Krieg erschienen. Während die Ausgaben 1944 vorwiegend die Vorkriegs- und Kriegsergebnisse der einzelnen Länder wiederzugeben hatte, werden jetzt die Nachkriegsergebnisse ausführlich dargestellt. Das gilt vor allem für die Übersichten über die Eisen- und Stahlindustrie. In der Statistik sind die Ergebnisse der Erzeugung der Eisen- und Stahlindustrie fast aller Länder und der übrigen Länder unter die Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit aufzuführen, wie sie z. B. der Schuman-Plan vorsieht. Aber auch die Ergebnisse der Erzeugung der Eisen- und Stahlindustrie fast aller Länder sind sowohl im einzelnen als auch zusammenfassend in den Weltübersichten veröffentlicht. Besonders aufschlußreich dürfte die schaubildlichen Darstellungen über das Kraftverhältnis in der Welt-Hohstahlerzeugung und über die Ausfuhr der fünf Hauptausfuhrländer an Eisen und Stahl sein.

Das deutsche Branchen-Warenverzeichnis für die Bundesrepublik und Berlin. Verlag Deutscher Adressbuch-Verlag für Wirtschaft und Verkehr G.m.b.H., Darmstadt, Inhaltsverzeichnis. Das von weiten Kreisen der Wirtschaft seit langem vermehrte Nachfragerwerk des bewährten Reichs-Branchen-Warenverzeichnisses ist nach 17-jähriger Vorbereitungszeit jetzt fertiggestellt. In Zukunft wird das Werk, wie vor dem Krieg, regelmäßig jährlich erscheinen. Bei dem für die nächsten Jahre geplanten Ausbau des Fernspektrums und den zu erwartenden zahlreichen Veränderungen haben zur jährlich erscheinende Nachschlageverke Anspruch auf Vollständigkeit und Zuverlässigkeit. Der Verlag verfügt über eine eigene Fernschreibungsanlage und ist in der Lage, für die Zukunft feste Erscheinungstermine zu garantieren.

Zum ersten Male nach dem Krieg ist mit diesem Werk ein Bundes-Adressbuch geschaffen worden, das die Adressen aller Industrie- und Handelsfirmen, der Gewerbetreibenden, des Handwerks und der freien Berufe in einem übersichtlichen Nachschlagewerk zusammenfaßt. 1,5 Millionen Eintragungen nach Orten und Branchen, geordnet auf ca. 6000 Seiten geben dem Werk einen Gebrauchswert ohne Beispiel. Die Zuverlässigkeit der redaktionellen Bearbeitung ist durch das potentielle Quellenmaterial, das dem Verlag auf Grund von Verträgen mit der Deutschen Postreklame-Gesellschaft m. b. H.,

**Erdbohrer, Brunnenbohrer, „TALPA“** Hersteller: Talpa-Bohrerwerke, 1000 München 1, Postfach 100 000, Tel. 40 10 00

Grundwasserhaushalt im Main, aufzuweisen, weitere 12 Mill. DM entfallen auf die Kraftwerkanlagen, so daß an Aufwendungen für den Wasserstraßenbau allein auf der Strecke Aachaffenburg-Nürnberg nur 513 Mill. DM verbleiben. Davon sind 134 Mill. DM bei weitem aufgewendet, so daß für den reinen Wasserstraßenbau nur 379 Mill. DM gegenüber 600 Mill. DM kapitalintensiver Frachtersparnisse erforderlich seien.

Genau abgelesen von dem unmittelbaren wirtschaftlichen Zweck dieses Großschiffahrtswege — Schaffung eines leistungsfähigen und billigen Verkehrsnetzes von nordwestdeutschen Kohlen- und Schwerindustriegebieten bzw. Österreich und den Balkanländern nach dem abwärts des großen Verkehrsstrahmens gelagerten Nordbayern bzw. Intensivierung des Güterverkehrs zwischen den an Rheinstrom und Mainlauf reichenden Ländern im Süddeutschen Europa und dem an den Rhein angeschlossenen westeuropäischen Industrieländern — läßt sich willkommene Nebenleistung die Gewinnung elektrischer Energie durch Ausnutzung der Wasserkraft an den Staustufen an. Diese Wasserkraft bringen bei vollem Ausbau — ohne die Wasserkraft der oberen Donau — nach Berechnungen der Rhein-Main-Donau jährlich 1,4 Mrd. kWh, das sind 18% der gesamten in Bayern erzeugten Energie.

Von der 883 km langen Großschiffahrtsstraße Aachaffenburg — Jochenstein (an der deutsch-österreichischen Grenze) sind am Main rd. 173 km und an der Donau rd. 149 km, insgesamt also 322 km oder nahezu die Hälfte in Betrieb. Die Energieerzeugung der bisher errichteten Kraftwerke betrug fast 1000 Mrd. kWh im Jahr, womit die Rhein-Main-Donau als ein Energieverteilungssystem neben der Bayernwerk AG und der Industriewerke AG mit geringem Abstand an dritter Stelle in Bayern steht.

Das nächste Ziel sei nun, so rasch wie möglich die Stadt Bamberg als Endpunkt der Mainkanalisierung zu erreichen. Hierfür müs-

Legen Sie Wert auf eine wirkliche **Gute Vertretung in der Schweiz?** Als erfolgreicher, initiativer Geschäftsmann werde ich Ihre Interessen auf's beste wahren. 5fr.-Kautions möglich. **Provisions-, Kommissions- od. Import-Vertretung** Papiere vorhanden. Referenzen. Offerten erbeten unter Nr. A 1167 an die Wirtschaftsrevue, Kariestraße 13, Völkchenstraße 35.

# Kohlenversorgung Frankreichs — Perspektiven für 1951

Wenn man die von der französischen Regierung vor Jahresfrist im Verlaufe des 1. Halbjahrs 1950 beschlossenen Maßnahmen sorgfältig hinsichtlich der Bestärkung der Kohlenförderung als auch der Einfuhr in Betracht zieht, kann man feststellen, daß Produktion wie Einfuhr fast genau den von den Behörden aufgestellten Richtlinien entsprechen hat. Die französische Kohlenförderung belief sich im Jahr 1950 auf 51,5 Mill. t gegenüber 52 Mill. t im Jahr 1949; der kleine Rückgang ist auf die im 1. Halbjahr 1950 eingeleiteten Feiertagsarbeiten zurückzuführen. Die Einfuhr aus der Saar erreichte 4,9 Mill. t (d. V. 3,7), etwa ein Drittel der saarländischen Kohlenförderung. Die Einfuhr aus anderen Ländern belief sich auf annähernd 4,9 Mill. t gegenüber 17,3 Mill. t im Jahr 1948.

Die Haldeenvorräte, die im August 1950 mit 2,5 Mill. t eine Rekordhöhe erreichten, sind bis Ende des Jahres auf 933 000 t zusammengefallen. An eigener Förderung haben an Importen jedoch also Frankreich im Jahr 62,3 Mill. t Kohle zur Verfügung gegenüber 74 Mill. t im Jahr 1949. Der Rückgang ist erheblich, trotzdem ist nach dem im Dezember 1949 vom französischen Industrieministerium aufgestellten Veranschlagungen der französische Kohlenbedarf gedeckt worden. Tatsächlich ist bisher ein akuter Kohlenmangel weder beim Hausbrand- noch für den Industriebedarf eingetreten.

Die Besorgnisse der französischen Hüttenindustrie über die ausreichende Versorgung mit Koks für die nächsten Monate sind bekannt. Der im Dezember 1950 erzielte Rekordrückgang der Stahl- und Eisenproduktion von 804 000 t im November auf 797 000 t im Dezember für Rohstahl und von 705 000 t im Dezember für Roheisen ist jedoch keineswegs auf Koksmanget, sondern auf die wegen der Feiertage verringerte Arbeitszeit im Dezember zurückzuführen. Bei Haushaushaltskohle sind einige hochwertige Sorten knapp geworden, aber tatsächlich konnte überall die Heizung aufrechterhalten werden.

### Kein Engpaß zu befürchten...

Abgesehen von dem nur durch Einfuhr zu lösenden Problem der Kohlenversorgung bestehen normalerweise und in Anbetracht der heute ziemlich weit fortgeschrittenen, aber noch nicht abgeschlossen Modernisierung der französischen Kohlengruben für die französische Kohlenversorgung keine Engpässe. Es sollte nach den eigenen Angaben des Plankommissariats möglich sein, die französische Kohlenförderung auf 58,7 Mill. t, ja bis zum nächsten Jahr sogar auf 60 Mill. t zu steigern. Die technischen Vorbedingungen sind gegeben. Allerdings müßten die Unterabteilungen durch eine attraktivere Lohnpolitik wieder wesentlich verstärkt werden können. Die Zahl der Unterabteilungen ist von 192 000 im Jahr 1949 auf rund 176 000 Ende 1950 zurückgegangen. Eine Erhöhung der Kohlenpreise ist bereits jetzt infolge der Auswirkungen der bereits stattgefundenen Lohn- und Gehaltssteigerungen und angesichts der teuer gewordenen Importkohle unvermeidlich geworden; sie dürfte schon in allerhöchster Zeit erfolgen. Darüber hinausgehende neue Preissteigerungen sind nicht ausgeschlossen. Die Bemühungen der Charbonnagen auf eine Besserung ihrer finanziellen Lage sollen nicht vernachlässigt werden; allerdings scheitern hierbei die absoluten Produktionssteigerungen etwa zu kurz gekommen sein; man muß sich fragen, ob in dieser Hinsicht die Perspektiven des Schumanplanes nicht eher bremsend gewirkt haben.

Die Hauptkohlelieferanten Frankreichs waren im Jahr 1950 die Klammern die Zahlen für

1949: Westdeutschland 3 385 000 t (7 870 000 t); Großbritannien 1 244 000 t (1 500 000); Belgien 890 000 (913 000); Polen 680 000 (2 Mill. t); Holland 328 000 (328 000); Vereinigte Staaten 48 100 (4 750 000 t). Im Dezember 1950 sind zum ersten Male wieder seit vielen Monaten die ersten USA-Lieferungen mit 3780 t zu verzeichnen. Die westdeutschen Lieferungen sind im Dezember 1950 auf 461 000 t gegenüber 487 000 t im November zurückgegangen.

### Kohlenbedarf im Jahre 1951 rund 65 Millionen Tonnen

Der französische Kohlenbedarf im Jahre 1951 würde dieser Tage vom französischen Industrieminister Louvel auf 65 Mill. t veranschlagt; für den Export sind außerdem 2 bis 3 Mill. t vorgesehen. Die französische Förderung wird auf 54 Mill. t geschätzt; nach Abzug des Eisenverbrauchs der Zechen bleiben etwa 47 Mill. t für den Inlandmarkt.

Aus dem Saargebiet erwartet Frankreich rd. 3 Mill. t Kohle, aus dem übrigen Europa und Nordafrika höchstens 8 bis 10 Mill. t. Der Rest von rund 3 Mill. t Kohle muß nach Ansicht des Ministers aus den Vereinigten Staaten eingeführt werden. Außerdem benötigt Frankreich im laufenden Jahr rund 4 Mill. t ausländisches Metallkoks.

### Neue Ausfuhrbeschränkungen für Eisen- und Stahlerzeugnisse

Neue französische Ausfuhrbeschränkungen für Eisen- und Stahlerzeugnisse sind im Journal Official veröffentlicht worden. Danach ist für die Ausfuhr der folgenden Waren in Zukunft eine vorbereitete Ausfuhrbescheinigung der technischen Abteilungen der zuständigen Ministerien erforderlich: Eisen- und Stahlerzeugnisse aus gegossenem Draht, mit oder ohne Legierungen, kaltgewalzte Rundstahl, gegossene Drahtbarren, Garnen zur reinen Wolke oder Mischwolke, Fasern und Borsten. Die Ausfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen, darunter Stäbe, kaltgezogene, aus Eisen und Stahl, Erzeugnisse aus kaltgezogenem Eisen und Stahl, sowie Eisen- und Stahlröhren wird künftig nur mit einer Spezialbescheinigung ohne Exportlizenz auszuführen sein.

Die Ausfuhr von Güßeisenschrott, die bereits im März 1950 mit Ausnahme der im Handelsabkommen vereinbarten Lieferungen gesperrt wurde, wurde vom 1. Februar auf 10 000 t für jedes Vierteljahr begrenzt. Die neuen Ausfuhrbeschränkungen, die ab sofort gelten, dürften darauf zurückzuführen sein, daß die im vorigen Jahr getroffenen Maßnahmen zur Verringerung des Exports von Güßeisenschrott nicht den gewünschten Erfolg hatten. Die Ausfuhr dieser Warengruppe, die auf Grund der im März 1950 verhängten Sperre auf 50 000 t monatlich leicht zurückgegangen war, stieg im Dezember 1950 wieder auf 71 500 t an.

### Französische Produktion 30 Prozent über dem Vorkriegsstand

Die französische Industrieproduktion hat den Vorkriegsstand um 30% überschritten, was nach einem Bericht der ECA vor allem auf die Ausweitung der Stahlproduktion zurückzuführen ist, die heute um 43% höher liegt als während des zweiten Weltkriegs. Die Rohstoffproduktion in Frankreich und dem Saargebiet lag im Oktober mit 155 000 t beträchtlich über dem letzten Rekordjahr 1928.

### Import-Erleichterungen für OEEC-Länder in Französisch-Morokko

Die Generaldirektion Französisch-Morokko hat das Verfahren für die Einfuhr von Stoffen aus Baumwolle, Kunstseide und Zellulose, für Pneumatika und für Fertigstoffe wesentlich erleichtert, wenn es sich um Lieferungen aus den Teilnehmerstaaten der OEEC handelt. Bisher mußten infolge der ungenügenden Kontingente die zur Verfügung stehenden Kredite mit Hilfe der Interessenten-Vereine in Quoten für die einzelnen Importeure aufgeteilt werden, was zu Verzögerungen und sonstigen Benachteiligungen führte. Die erzielten Kontingente ermöglichen jetzt, innerhalb der Handelsverträge Frankreichs mit den OEEC-Staaten, den Fortfall dieser Behinderung um so mehr als in den angegebenen Warengruppen derzeit die Nachfrage das Angebot übersteigt. Gegen Kaufmännische von 9% des beantragten Importwertes kann jeder Importeur sofort Lizenzen erhalten. Bei Nichterfüllung verfällt die gestellte Kaution. Diese Erleichterungen stellen, wie ausdrücklich erklärt wird, die seit langem erwarteten Liberalisierungsmaßnahmen im Handelsverkehr mit den OEEC-Teilnehmerstaaten dar, die bisher noch nicht auf Marokko ausgedehnt wurden.

## Kontrolle der Staatsbetriebe in England

Während der letzten fünf Jahre ist durch bewußte Politik der Labour Partei ein beträchtlicher Teil der englischen Industrie in die öffentliche Hand übergegangen. Die Regierung hat die Kohlengruben, die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung, den Übersee- und Luftverkehr, die Zivilluftfahrt, die Eisenbahnen, einen Teil des Personen- und Güterkraftverkehrs, Kanäle und einige Hafenanlagen. Alle diese Industrien wurden mit gewissen Unterschieden National Boards unterstellt, nachdem den vorläufigen Bescheidern ihre Anträge zugewiesen zu vorläufigen Karten abgekauft worden waren. In den letzten Tagen ist nun auch die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie durchgeführt worden. Für die Zukunft hat die Labour Partei ähnliche Pläne für die Zucker- und Zementindustrie und das Versicherungswesen.

Die Mehrheit der neuen Boards haben nur wenige einige Jahre Verwaltungserfahrung hinter sich und in England wird heute nicht nur von konservativer Seite Kritik laut. Die finanziellen Verluste der Eisenbahnen und der Luftfahrt geben schon zum Nachdenken Anlaß. Bergarbeiter und Eisenbahner sind unzufrieden, weil sie geglaubt hatten, daß sie mehr Einfluß auf die Verwaltung, Lohngestaltung und Planung der verstaatlichten Unternehmen haben würden, als sich in der Tat erwies. Kinderkrankheiten und anfängliche nicht immer ganz unvermeidliche Fehler sowie auch Zweifel an den mit der Leitung betrauten Persönlichkeiten haben ein Uffiges getan. So suchen heute nachdenkliche Leute innerhalb und außerhalb der Regierung, in der einschlägigen Presse und im Parlament nach neuen Methoden.

Besonders für die Kontrolle der verstaatlichten Industrie zucht man nach neuen Mitteln und Wegen. An- und für sich ist die Staatsunternehmung in England wie in anderen Ländern nicht neu. Der Postminister ist seit langen Jahren Staatsbesitzer, der Postmaster General ist ein dem Parlament direkt verantwortlicher Minister. Hier existiert also direkte parlamentarische Kontrolle durch Gesetzbildung, Debatte und Frage und Antwort im Unterhaus sowohl wie im Oberhaus. Außerdem gab es schon vor dem Kriege in England „statutory authorities“, die man als Körperschaften des öffentlichen Rechts ansehen kann; sie sind kein Staatsbesitz, aber durch Gesetzgebung reguliert. So überweist der Postmaster General die BBC, also das gesamte Rundfunkwesen, die Transport Minister konnte über Eisenbahnen, das Ländliche Verkehrswesen (London Passenger Transport Board) und auch über Hafenbetriebe wie Port of London Authority befragen werden.

Schon im Falle des BBC war es gebräuchlich, daß nur grundsätzliche Fragen oder Planungsprobleme in Parlament besprochen werden, und diese Regel ist auf die in den letzten Jahren verstaatlichten Unternehmen angewendet worden. Dem gehören also nicht Fragen der tagtäglichen Verwaltung. Die Schwächen liegt in der Abrechnung, denn manchmal kann die unwichtige Angelegenheit zur grundsätzlichen Frage werden. Mit geordnetem politischem Instinkt überläßt das Parlament die Entscheidung in den meisten Fällen dem Speaker und seinem Staff. Das Problem der Kontrolle der verstaatlichten Industrien durch Anfrage und Debatte im Parlament wird prägnant gelöst werden. Unglücksfälle sind von der Regel ausgenommen, denn das Parlament hat sich von jeher vorbehalten, sich mit Fragen von Leben und Tod befassen zu können.

Eine sehr wichtige Kontrollmaßnahme ist die öffentliche Rechnungslegung der Staatsindustrien. Allen diesen Unternehmen wurde die Pflicht auferlegt, soviel zu verdienen, daß sämtliche Unkosten gedeckt sind einschließlich der Zahlung der festen Zinsen für die den eigentlichen Besitzern gegebenen Staatspapiere. Der jeweilige Minister hat die Aufgabe, die Boards zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß Produktion und Dienstleistung dieser Industriezweige der Gesamtwirtschaft dienen. Alle Staatsindustrien legen jährlich an verschiedenen Daten Rechenschaft ab Verluste der verstaatlichten Unternehmen fallen nicht auf den Staatshaushalt, sondern werden in der Bilanz vorgetragen. Der Kohlenbergbau hofft, dieses Jahr die früheren Verluste wettzumachen.

Der Ressort-Minister hat auch die Aufgabe, die Mitglieder der Boards, aus den leitenden Persönlichkeiten zu ernennen, wofür er dem Parlament verantwortlich ist. Der Minister kann auch eine Royal Commission, die man in England so häufig findet, bestellen. Herbert Morrison, der Architekt vieler der Nationalisierungsmaßnahmen, machte deutlich den interessanten Vorschlag, daß die Staatsin-

strien alle fünf Jahre einer tiefgehenden Untersuchung unterworfen werden sollen. Auch das ist in England keine neue Idee, denn die BBC ist mehrfach, wie auch jetzt wieder, eingehend von einer Commission geprüft worden. Eine weitere Klammer der Kontrolle ist dadurch gegeben, daß in den verstaatlichten Industrien ein System der Beratung zwischen der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberseite (joint consultation) Zwang ist. Diese Art der Beratung befaßt sich nicht mit Löhnen und Arbeitsbedingungen, sondern mit allen Fragen der Verwaltung und Wohlfahrt.

Schließlich haben die Verstaatlichungsmaßnahmen auch für die Verteilung des Verbraucherertrages getreten. Für fast alle diese Industrien besteht je ein Verbraucherrat (Consumers' Council-

lative Council). Der Theorie nach kann hier die Öffentlichkeit ihre Beschwerden vorbringen oder Vorschläge zur Verbesserung machen. Es ist enttäuschend, daß die britische Öffentlichkeit von dieser Möglichkeit bisher so gut wie keinen Gebrauch gemacht hat und häufig gar nicht weiß, daß ein solcher Verbraucherrat besteht. Das ist also eine Kontrolle, deren Ausbau in der Zukunft liegt.

Die Kontrolle der verstaatlichten Industrien in England ist somit noch in einem experimentellen Entwicklungsstadium. Die weitere Ausarbeitung solcher Maßnahmen und Kontrollen wird zweifellos in englischer Weise empirisch sein und dürfte demgemäß interessante Entwicklungen aufweisen. Die in Gang gekommene Diskussion lautet dahin, daß Dezentralisierung notwendig ist.

## Die Schlüsselindustrien in der UdSSR

Etwas später wie sonst veröffentlichte das statistische Zentralamt beim Ministerkabinett der Sowjetunion die Ergebnisse der Erfüllung des staatlichen Wirtschaftsplanes im Jahr 1950. Diese Ergebnisse sind von besonderer Bedeutung, weil mit dem Jahr 1950 der erste Fünfjahresplan der Nachkriegszeit anläuft und damit eine wichtige Etappe erreicht wurde, die auch Verhältnisse mit dem Zustand der sowjetischen Wirtschaft vor 18 Jahren erinbert.

Für das Jahr 1950 waren 5,21 teilweise auch absolute Produktionszahlen veröffentlicht worden, die sich auf die Produktion der Schlüsselindustrien beziehen. Diese Zahlen sind von besonderer Bedeutung, weil sie einen Vergleich über die Leistungen der Wirtschaft der Sowjetunion ermöglichen. Aus der Fülle der gegebenen Prozentzahlen sollen hier die Angaben über die Leistungen der Schlüsselindustrien hervorgehoben werden, weil sie am meisten über die Entwicklungsmöglichkeiten der sowjetischen Wirtschaft aussagen können. Der Jahresplan der sowjetischen Industrie für das Jahr 1950 — nach sowjetischer Darstellung — zu 102 Prozent erfüllt worden. Die Bruttoproduktion der gesamten Industrie des Jahres 1950 betrug 100,0 im Vergleich zu 104,9 im Jahr 1949. Es meldet das Ministerium für die Eisenhüttenindustrie 101% für die Kohlenindustrie 106,8%, für die Erdölindustrie 101%, für die Kraftwerke 102% als Prozentleistung der Erfüllung des Jahresplanes für 1950.

Es fällt auf, daß nur die Kohlen- und Erdölindustrie und die Kraftwerke eine Überschreitung des Jahresziele erreichten, während dieser Hinweis für die Eisen- und stahlerzeugende Industrie fehlt, bzw. sich auf einige Spezialabteilungen beschränkt (Dynamostahl, Transformatorstahl, Baustahlblech, gewalzte Räder). Die Produktion der Schlüsselindustrien im Jahr 1950 gegenüber 1949 = 108 bei Rohisen 117%, bei Stahl 117%, Kohle 111%, bei Erdöl 113% und bei El. Strom 118%.

Das Jahr 1950 brachte eine laufende Verbesserung der Ausnutzung der Industrieanlagen. In Kohlenbergbau wurde im vergangenen Jahr die Anwendung von Bergbaumaschinen (sog. Kohlen-Combinen) erweitert und ihre Leistung gesteigert. Zur weiteren Modernisierung des Kohlen- und Erzkohlbau, sowie für den Bau der geplanten großen Wasserkraftwerke und Kanäle wurden leistungsfähige Ein- und Mehrschaltpuffer und Sumpfer, sowie neue verbesserte Typen von Kolbenmaschinen hergestellt.

Die sowjetische Eisenhüttenindustrie war bestrebt, die Technologie der Rohisen- und Stahlerzeugung zu vervollkommen; sie nahm die Erzeugung von Walzprodukten mit Spezialprofilen und Spezialstäben auf, die zur Erleichterung des Metallverbrauchs bei der Herstellung neuer Maschinen und Geräte sowie im Bauwesen dienen sollen. Die Anwendung von automatischen Vorrichtungen zur Kontrolle des Ablaufes der Wärmeprozesse in den Hoch- und Martinöfen wurde erweitert.

### Fünfjahresplan teilweise überschritten

Der Jahresbericht des statistischen Zentralamtes der UdSSR beschränkt sich im wesentlichen nur auf die Angabe von Prozentzahlen. Dennoch wurden von Stalin selbst 1949 die absoluten Produktionszahlen für 1950 aufgestellt und bekanntgegeben. Dadurch ist es

möglich, folgende absolute Produktionsergebnisse der sowjetischen Schlüsselindustrie zu errechnen (in Mill. t):

	1949	Planziel 1950	Produkt 1950
Rohisen	14,95	18,5	36,0%
Stahl	18,4	22,4	24,9%
Kohle	186,0	250,0	38,4
Erdöl	34,0	35,4	47,5
El. Strom	(in Mrd. kWh.) 48	52	86,7

\*) nach ausländischen Schätzungen. Alle anderen Zahlen beruhen auf sowjetischen Angaben.

Diese Tabelle zeigt, daß mit Ausnahme der Stahlproduktion, die Ziele der Fünfjahresplanung im Laufe von 1950 erreicht und teilweise sogar etwas überschritten werden konnten. Dabei weisen die sowjetischen Zahlen in diesem Fall nur unwesentlich von den Schätzungen ausländischer Sachverständiger ab. Die relativ größten Unterschiede findet man bei der Bewertung der sowjetischen Kohlenproduktion, die beispielsweise von schweizerischen Fachverständigen (IZZ) nur auf 175 Mill. t geschätzt wird. In diesem Fall dürfte von Schweizer Seite der Versuch gemacht worden sein, die 186 Mill. t (nach sowjetischen Angaben) auf die im Westen üblichen differenzierten Angaben über Steinkohle und Braunkohle (Kohlenwert) zu reduzieren. Dieser eigentlich notwendige Unterschied wird in der Sowjetstatistik nicht gemacht und eine Tonne Kohle aus dem Moskauer Becken (s. T. Braunkohle) genau so hoch bewertet wie eine Tonne hochwertiger Anthrazitkohle aus dem Donbecken.

Es steht fest, daß die Rohstofffrage in der rotsozialistischen Sowjetunion keine Schwierigkeiten bereitet. Gerade auf dem Gebiet der Kohlenförderung gelang es der Sowjetunion im Laufe der letzten Jahre, insbesondere in den arktischen Gebieten (Worokta, an dem Jenissei und der Lena) große unterirdische Kohlenfelder festzustellen. Hier setzt sich das Problem der Kohlenförderung zu einem Transport- und Arbeitskraftproblem zu. Auch im abgabebereiten Erzkohlbau besteht in der UdSSR kein Mangel. Damit sind die Rohstoffgrundlagen für eine weitere starke Ausdehnung der eisenschaffenden Industrie gegeben.

Anderer liegen heute noch die Dinge bei der sowjetischen Erdölindustrie. Hier ist man sehr weit mehr im begrenzten Produktionsniveau geblieben. Die neuen Plannahmen zeigen, daß man auch bei der Sowjetie nicht mit einer stillstehenden, sondern nur mit einer — gemessen an amerikanischen oder naheliegenderen Verhältnissen — langsamen Entwicklung rechnet. Die eindeutigen Erfolge im weitläufigen Gebiet des sog. „Zweiten Baku“ und der sonstigen Ölgebiete haben mit ihrer Produktionsleistung einen Teil des relativen Produktionsrückgangs bei der kaukasischen Erdölindustrie aufzuheben können, in der sich Zeichen einer teilweise Erholung der alten klassischen Erdölgebiete bemerkbar machen.

Der gestiegene Strombedarf der Sowjetwirtschaft kann von ebenfalls gestiegenem Stromerzeugung nur knapp bewältigt werden. Daher sollen jetzt die großen Kraftwerkebau an der Wolga und anderen Strömen der Sowjetunion befreit werden, um die ausdehnende Versorgung der Sowjetwirtschaft mit „weißer Kohle“ sicherzustellen.

## Japan strebt wirtschaftliche Selbsterhaltung an

USA-Hilfe nicht benötigt — wenn Besatzungskosten wegfallen

Nach den Informationen, die die Presse in Tokio aus der Umgebung des amerikanischen Sonderbotschafters John F. Dulles erhalten haben, wünschen die USA, Japan im gegenwärtig diskutierten Friedensvertrag die volle Souveränität wiederzugeben und keine Wirtschaftsverpflichtungen bestimmen Inhalt zu stellen. Es sollen nur Ziele festgelegt werden, die das unabhängige Japan in Verhandlungen mit anderen Ländern über Wirtschaft, Handel und Finanzen zu erreichen suchen soll. Für die Organisation der inneren Wirtschaft des Landes sollen keine Verpflichtungen übernommen werden, so daß Japan also nicht an die Einzelheiten der von General Mac Arthur durchgeführten Agrar-Reform und Konzern-Kontrollierung gebunden wäre.

Diese weitgehende Rückgabe der Souveränität wird in Japan mit größterem Interesse gesehen. Der japanische Ministerpräsident Shigeru Yoshida hat beispielsweise erklärt, daß es solange keine wahre Selbsterhaltung geben könne, als das Land nicht wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen könne. Die Frage eines Friedensvertrages ist schon seit längerer Zeit akut. Es wurde daher bereits im Oktober 1950 im Wirtschafts-Stabilisierungsamt (WSA) ein Ausschuss geschaffen, der die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Selbsterhaltung studieren sollte. Das Thema wird auch in gewissen Kreisen stark diskutiert, wobei vielfach erheblicher Pessimismus zu Tage tritt. Sehr ernst zu nehmende Sachverständige, zu denen auch die Leitung des Oriental Economist gehört, sehen in diesem Dilemma den unstillbaren Wunsch nach dauernder Unterstützung, wenn aber bei entsprechend beschleunigter Lebenshaltung kein Anlaß sei.

Man ist sich klar, daß ein Aufheben der amerikanischen Subventionen gegenwärtig noch zu unheilbaren Zuständen führen würde. Andererseits glaubt man, daß die amerikanischen Hilfe, die in den fünf Jahren seit der Kapitulation 1,78 Milliarden Dollar betragen hat, schließlich abgezogen werden könnte, wenn dafür die Kosten der Beseitigung einer Selbstverwaltung mit der Wirtschaftselb-

haltung aus Anbruch des Korea-Konflikts eng verknüpft. Man hofft in der Zeit vom 1. April 1950 bis zum 31. März 1951 eine Ausfuhr von 750 bis 800 Mill. Dollar erreichen zu können, dazu kommen Lieferungen an die Besatzungsarmee, die in Dollar gezahlt werden und die für den gleichen Zeitraum auf etwa 300 Mill. Dollar angesetzt werden, so daß die Devisenreserven auf 1200 Mill. Dollar kommen würden. Dem steht nach Schätzung des Wirtschafts-Stabilisierungs-Amtes (WSA) eine Einfuhr von 1200 Mill. Dollar im Rechnungsjahr 1950/51 gegenüber, wenn noch 70 Mill. unentzogene Importe hinzukommen. Es ergibt sich somit ein Defizit von etwa 300 Mill. Dollar. Diese Summe ist fast genau so groß wie die sogenannten „Kriegsberäuhungskosten“, die ein Teil der Besatzungskosten darstellen und noch fünf Jahre lang zu zahlen sind.

Für das Rechnungsjahr 1951/52 wird keine wesentliche Änderung erwartet, da neben dem Erlös aus dem Export auch weitere mit Annehmungen verbunden werden. Die Einnahmen werden insgesamt auf 1200 Mill. Dollar geschätzt, denen Einfuhren von 1400 Mill. und unentzogene Importe von 80 Mill. Dollar gegenübergestellt werden. Das Defizit bliebe dann wieder bei 300 Mill. und dies dürfte sich nach den Berechnungen des WSA auch bis 1953/54 nicht ändern, wo das Exportprogramm Erlös von 1700 Mill. Dollar verspricht, ohne daß die Einfuhrkosten infolge der hohen Rohstoff- und Ernährungswertigkeiten wesentlich herabgedrückt werden können. Die japanischen Berechnungen laufen somit darauf hinaus, eine Subventionierung von 300 Mill. Dollar für notwendig zu halten, solange die „Kriegsberäuhungskosten“ von 300 Mill. Dollar zu zahlen sind. Wenn diese weggefallen sind, rechnen die Optimisten mit der Möglichkeit der Selbstverwaltung allerdings unter der Bedingung, daß die Lebenshaltung weiter auf 65 bis 70 Prozent der des Jahres 1937 blüht. Daß dies auf die Dauer für den internationalen Wettbewerb zu wenig ist, wissen alle japanischen Kenner, auch wenn im Volke der gegenwärtige Zustand als ein wesentlicher Fortschritt gegenüber den vergangenen Jahren angesehen wird.

## Dänemarks Wirtschaftsbilanz 1950

Steigende Einfuhren — zunehmende Verschuldung

Steigende Produktion und günstigere Beschäftigungsbedingungen, zunehmende Verschuldung dem Ausland gegenüber sowie eine ungewöhnliche Verschlechterung der „terms of trade“ sind die wichtigsten Kennzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung Dänemarks im Jahre 1950. Von besonderem Interesse ist die Zahlungsbilanz, über deren Entwicklung folgende vorläufige Angaben vorliegen:

Laufende Einnahmen (Mill. dkr.)	1949	1950
Gesamte Einfuhr (soll)	3644	4750
Bruttofrachten und Passagier-einnahmen	713	875
Erträge aus Fremdenverkehr	110	180
Marshallmittel (ist)	563	340
Anderer laufende Einnahmen	350	360
Einnahmen insgesamt	5280	6400
Laufende Ausgaben (Mill. dkr.)		
Gesamte Einfuhr (soll)	4284	6260
Ausgaben dänischer Schiffe in fremden Häfen	350	400
Ausgaben für Ausländerreisen	180	300
Anderer laufende Ausgaben	195	320
Ausgaben insgesamt	4909	6820
Saldo	+281	-320

Ohne die Marshallhilfe würde sich der Fehlbetrag der dänischen Zahlungsbilanz mit hin auf rd. 700 Mill. dkr. belaufen haben. Aber auch wenn der rechnermäßige Fehlbetrag von 360 Mill. dkr. hat neben anderem nur Folge gehabt, daß sich die Nettoverschuldung der Danmarks Nationalbank an das Ausland im Jahre 1950 von 400 Mill. dkr. auf 072 Mill. dkr. erhöht hat. Praktisch kann dieser Betrag nicht mehr überschritten werden, ohne daß die Nationalbank Gold oder Dollardevisen an die EZU abgibt.

Die Verschlechterung der volutarischen Situation Dänemarks ist in der Hauptsache auf die ungewöhnliche Entwicklung der „terms of trade“ zurückzuführen, die eine sehr viel stärkere Erhöhung der Einfuhr im Vergleich zur Ausfuhr mit sich gebracht hat. Dadurch hat sich von 1949 auf 1950 der Fehlbetrag der Handelsbilanz von 640 Mill. dkr. auf 1230 Mill. dkr. verdoppelt, also nahezu verdoppelt. Aus den übrigen Posten der Zahlungsbilanz ergibt sich eindeutig, daß ein derzeit hoher Einfuhrüberschuß für Dänemarks Wirtschaft nicht tragbar ist. Die Erträge aus der Schifffahrt und aus dem Fremdenverkehr reichen im günstigsten Falle nur Deckung eines Fehlbetrags von ungefähr 500 Millionen dkr. aus. Dänemark hat infolgedessen kaum eine andere Möglichkeit als den Fehlbetrag durch eine Reduktion seiner Einfuhr in etwa dieser Größenordnung auszugleichen. In einem gewissen Umfang ist das noch bereits durch Begrenzung der Einfuhr und Förderung des Exports versucht worden, die Wirkung

dieser Maßnahmen können sich zwangsläufig aber erst in einigen Monaten zeigen.

Die Veränderung der „terms of trade“ zum gunsten Dänemarks hat sich erst nach dem Ausbruch des Korea-Krieges mit aller Schärfe gezeigt, wenigstens schon vorher die Entwicklung wenig günstig verlaufen war. Im Mai vorigen Jahres lag der Einfuhrpreisindex (1935 = 100) bei 326, der Exportpreisindex bei 286, die Spanne betrug also 40 Punkte. Bis Dezember 1950 war der Einfuhrpreisindex auf 394 gestiegen, der Exportpreisindex aber nur auf 301, so daß sich die Spanne vermindert hat. Nach Auffassung maßgebender Wirtschaftskreise besteht jedoch die Gefahr, daß die Verschlechterung des Tauschverhältnisses mit dem Ausland sich zunächst eher noch fortsetzen wird.

Dem steht als positiver Faktor zwar die Zunahme der landwirtschaftlichen und der industriellen Erzeugung gegenüber, die aber nicht annähernd so stark ist, daß dadurch die äußerst angespannte Währungsituation auch nur einigermassen gelindert werden könnte. In der Landwirtschaft hat sich im Bereich der tierischen Veredelungsproduktion die Kennzahl im vorigen Jahre (1935 = 100) auf 107 erhöht gegenüber einem Durchschnitt von 78 in den Jahren 1945-49 und 103 im letzten Vorkriegsjahr. Im Getreidebau hat sich die Erzeugung 1950 auf 268 erhöht gegenüber 245 im Durchschnitt 1945-49 und 122 in der Vorkriegszeit. Für die gesamte dänische Landwirtschaft ergibt sich hieraus eine Produktionszunahme auf 120 im vorigen Jahre gegenüber 87 im Durchschnitt 1945-49 sowie 104 vor dem Kriege. Abgesehen davon, daß der Getreidebau in Dänemark von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung ist, muß die Produktionssteigerung insgesamt als geringfügig bezeichnet werden.

Ein wesentlich günstigeres Bild ergibt sich für Dänemarks Industrie. Der Produktionsindex (1935 = 100) hat sich im Januar bis Dezember 1950 von 124 auf 177 erhöht. Die durchschnittliche Steigerung der gesamten dänischen Industrieproduktion dürfte auf etwa 15% zu veranschlagen sein, wobei für Januar bis November 1949 und den gleichen Zeitraum 1950 von Produktionszahlen von 149 und 186 ausgegangen wird. Zusammengefaßt beträgt die Erhöhung der gesamten dänischen Produktion im Vergleich zur Vorkriegszeit damit etwa 36%. Diese Steigerung ist jedoch wesentlich geringer als die gleichzeitige Erhöhung des Notenumlaufs, der Bankkredite, der Preise und Lebenshaltungskosten, der Außenhandelsumsätze usw. Es ist mit anderen Worten zwischen Gütern und Geld- und Finanzreichtum eine unangenehme Disproportionalität vorhanden, die sich im Jahre 1950 verschärft hat, und die die wirtschaftliche Bilanz in einem gewissen Umfang als schmerzhaft kennzeichnet.





Die aktuelle Reportage

Deutschland hat das größte Fernschreibnetz

Fernschreib-Wählamt Ulm in Betrieb genommen

Am 1. 2. 1951 wurde in Ulm ein neues Fernschreibwählamt in Betrieb genommen...

Man wählt den Teilnehmer an, automatisch meldet sich der Apparat beim Teilnehmer...

Zürich in zwei Minuten

Deutschland hat schon jetzt das größte Fernschreibnetz in Europa...

... und viel billiger

Noch einschneidender aber ist der ungeheure Vorstoß in den Kosten...



Letzte Prüfung der Wähler-Gestelle vor der Einschaltung des TW-Amtes Ulm

keinen Fernschreiber hat, gab in einem Monat rund 5500 DM für Telegramme und Ferngespräche aus...

Dabei kostet eine Fernschreibanlage, wie sie die C. Lorenz A. G. in Stuttgart herstellt, nur 550 DM...

In der Nachbarschaft sind die Gebühren für das Fernschreiben ermäßig...

daß man solche Nachrichten auf Lochstreifen schreiben kann...

Die Entwicklung des Fernschreibnetzes wird weitergehen...

Je größer das Fernschreibnetz wird, um so notwendiger wird es für jeden größeren und mittleren Betrieb...



Fernschreibstelle des neuen in das Fernschreibnetz der Deutschen Bundespost eingeschalteten Teilnehmer-Wählamtes Ulm

Verbindungen mit Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, England, Holland, Belgien, Saargebiet, Schweiz und der Tschechoslowakei...

Schneller und genauer

Die Verbindungsapparatur ist ja bekanntlich wie kein automatischer Telefonapparat...

aus denen sich gerade die Kostenentwicklung deutlich ergibt...

50 Jahre Indanthren

Badische Anilin- und Sodafabrik feiert ein stolzes Jubiläum

Am 1. 2. 1891 wurde eine Erfindung zum Patent angemeldet...

Das Indanthren-Blaue ist ein wasserlösliches Farbstoff...

Verzinsen wir uns einmal zurück in die Zeit der Jahrhundertwende...

schon manches in der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik erreicht...

Dieses Indigo ist ein sogenannter Kuppferfarbstoff...

Indigo war der einzige Kuppferfarbstoff, den man zu jener Zeit konnte...

Und nun ging es weiter. Neue Indanthren-Farbstoffe wurden gefunden...

Rechen wir hier die Darstellung der Entwicklung ab...

Heute können alle Artikel aus Baumwolle, Zellwolle, Rayon...

Die wirtschaftliche Bedeutung der Indanthrenfarben...

Neue Turbine im Großkraftwerk Mannheim

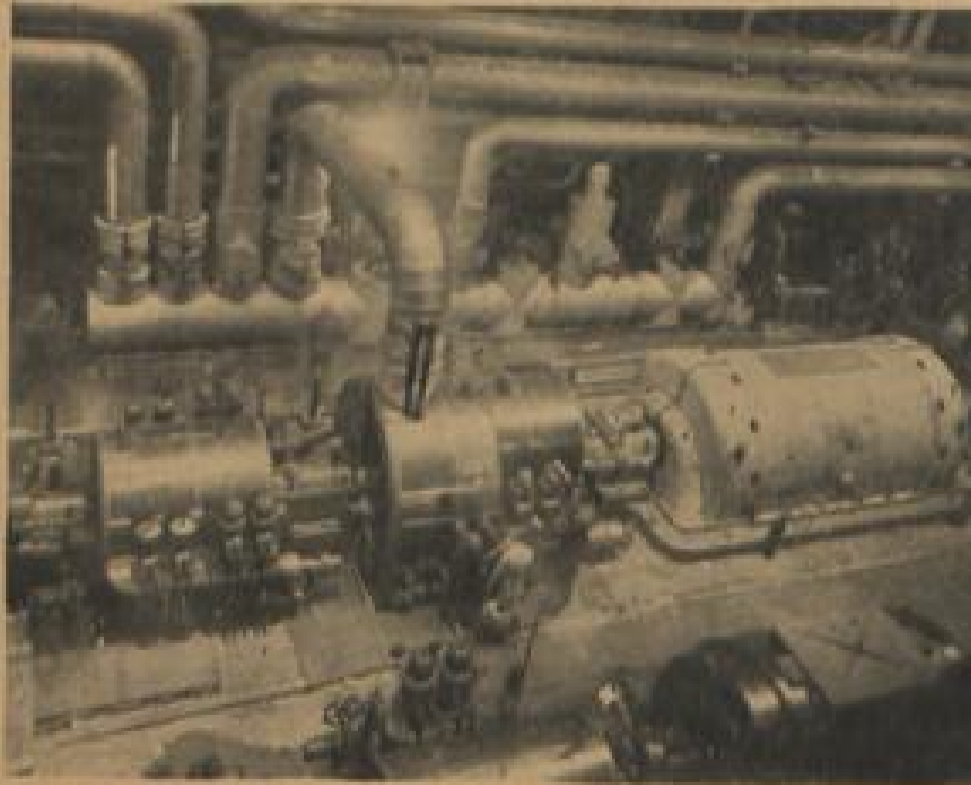
Eine 32 000 kW-Maschine wurde in Betrieb genommen — Ersatz für das demontierte Werk „Fritz“

Im Großkraftwerk Mannheim ist in diesen Tagen eine neue Hochdruckdampfmaschine in Betrieb...

Ludwigshafen und ihrer Industrie so bedeutenden Unternehmen in die Lage versetzt werden...

Ausbau ein Gebot der Stunde

Mit der Erweiterung seiner Anlagen kommt das Großkraftwerk Mannheim...



Die neue 32 000 kW-Turbinengruppe, die im Käfertaler Werk der Brown, Boveri & Cie. AG. gebaut wurde.

zweiges schon in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg...

Die Auswirkungen einer gefährlichen Krise machen sich bereits bemerkbar...

Zweifelhafter Wert der Demontage

Die neue Maschine, für die eine Bauezeit von rund zwei Jahren benötigt wurde...

Die Gesamtleistung des Großkraftwerkes Mannheim liegt augenblicklich bei etwa 140 000 Kilowatt...

Bundespost baut aus

Die Deutsche Bundespost erhielt im letzten Halbjahr 274 Mill. DM aus ERP-Gegenwertmitteln...

Der Bundespost liegen gegenwärtig etwa 600 000 Anträge auf Fernsprechanlagen vor...

In internationalen Post- und Fernmeldeverkehr erzielt die Bundespost Einnahmen von rund 14 Mill. Dollar...

Umsätze der Industrie im Bundesgebiet im Jahre 1950

Die Industrie des Bundesgebietes erzielte im Kalenderjahr 1950 nach den vorläufigen Ergebnissen der Industrie-Berichtserhebung...

Aufschwung der Fahrrad- und Motorrad-Industrie

Die Fahrrad- und Motorrad-Industrie verzeichnet für den Monat Januar 1951 einen zu demselben Monat im Vorjahr...

In Ostpreußen wurden im Januar in Westdeutschland nach dem Erhebungszeitraum...

Kreditplafond des Bundes erhöht

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat den Bundeshaushaltsminister ermächtigt...

davon etwa wieder die Hälfte die Indanthren-Farbstoffe...

Indanthren-Farbstoffe werden nicht nur in Ludwigshafen...

In der BASF arbeiten zur Zeit 24 000 Menschen...

Hier abtrennen und einstecken:

An den

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH

Karlsruhe i. B., Veitshofstraße 35

Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue“ kostenlos einen Monat zur Probe.

Name

Ort

Stempel und Unterschrift